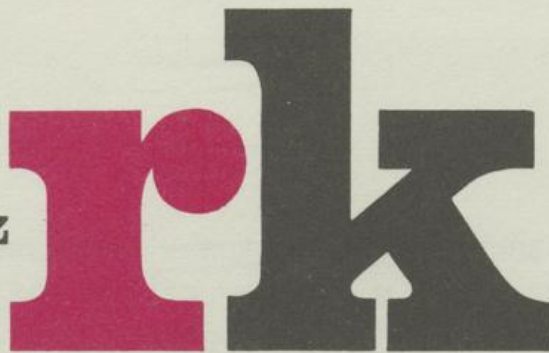


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Donnerstag, 23. September 1982

Blatt 2698

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)      Begünstigte Rückzahlung von  
Eigentumswohnungen  
Reinigungsleistung der Hauptkläranlage wird  
laufend kontrolliert  
Analysenwerte liegen offen auf
- Kommunal:  
(rosa)      "Tag der offenen Tür": Kinderprogramm im  
Stadtkino  
Wiener Gemeinderat  
Wiener Landtag  
Kläranlage: Probeentnahme erfolgte an  
irrelevanter Stelle
- Lokal:  
(orange)      "Im Park is a Theata"  
Cafe Landtmann um 9 Millionen S renoviert  
Sommerbadesaison am Sonntag endgültig zu Ende
- Kultur:  
(gelb)      Wiener Symphoniker 1982/83
- Nur  
über FS:      Brigittenuer Familientag  
Jubelpaar im Pensionistenheim  
"Tag der offenen Tür" - Letzte Vorbereitungen  
Arzberger Porzellankönigin bei Bürgermeister Gratz

.....  
Bereits am 22. September 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Begünstigte Rückzahlung von Eigentumswohnungen

Utl.: Antragstellung nur noch bis zum 30. September

=++++

16 Wien, 22.9. (RK-KOMMUNAL) Nur noch bis zum 30. September können Anträge für eine begünstigte Rückzahlung von Eigentumswohnungen gestellt werden. Danach läuft das "Rückzahlungs-Begünstigungsgesetz" aus. Die Zahlungsfrist erstreckt sich allerdings noch bis zum 31. Dezember 1982.

Im Jahr 1971 trat das sogenannte Rückzahlungs-Begünstigungsgesetz als sogenanntes Bundesgesetz in Kraft. Demnach ersparten sich Eigentümer von Wohnungen bei der vorzeitigen Rückzahlung der Wohnbauförderungsdarlehen 50 Prozent. Die zweite Hälfte des noch aushaftenden Darlehens wurde erlassen.

Das Gesetz galt für Wohnungseigentümer, deren Wohnungen nach der Wohnbauförderung 1954 und nach der Wohnbauförderung 1968 errichtet wurden sowie für Zusatzdarlehen zum Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds. Bei der Wohnbauförderung 1968 mußte das Bauvorhaben vor dem 1. Jänner 1973 die Zusicherung der Förderung bereits erhalten haben.

Das Gesetz wurde drei Mal verlängert, eine weitere Verlängerung findet nun nicht mehr statt.

Wohnungseigentümer, die noch die begünstigte Rückzahlung in Anspruch nehmen wollen, müssen bis 30. September einen diesbezüglichen Antrag bei der Magistratsabteilung 50, 1010 Wien, Rathausstraße 2, Gruppe Wohnbauförderung, einbringen. Erforderlich für die Gewährung der begünstigten Rückzahlung sind der Grundbuchauszug betreffend der Anteile des Wohnungseigentümers sowie eine Bestätigung der Hausverwaltung über die bisher geleistete Rückzahlung. (Schluß) ba/ap

.....  
Bereits am 22. September 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Reinigungsleistung der Hauptkläranlage wird laufend kontrolliert  
=++++

17 Wien, 22.9. (RK-KOMMUNAL) Zu den Berichten einer Wiener Tageszeitung gegen die Kläranlage und den zuständigen amtsführenden Stadtrat erfährt die "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Stadtrat Josef VELETA hat am Dienstag in Vertretung des Bürgermeisters den 17. Europakongreß der Internationale des Personals der Post-, Telegrafien- und Telefonbetriebe eröffnet und konnte daher am Pressegespräch des Bürgermeisters nicht teilnehmen.

Hinsichtlich der Wasseranalyse aus dem Auslaufkanal der Hauptkläranlage, die angeblich unzulässige Werte erbrachte, hat ein Lokalaugenschein ergeben, daß die Probe zu einem Zeitpunkt entnommen wurde, als aus der Kläranlage kein geklärtes Abwasser ausgeleitet wurde. Die Analyse kann sich daher nicht auf Wasser aus der Kläranlage bezogen haben. An dem Lokalaugenschein haben ein Team des ORF und der in dem Zeitungsartikel zitierte Probennehmer teilgenommen.

Zur Feststellung der Wassergüte werden von der MA 30 (Kanalisation) mehrmals täglich Proben gezogen und analysiert. In Abständen von 3 Monaten führt die Hygienisch-Bakteriologische Untersuchungsanstalt Kontrollen der Reinigungsleistung der Kläranlage durch, die Analysewerte werden sowohl der MA 30 als auch in der Hygienisch-Bakteriologischen Untersuchungsanstalt aufgezeichnet und der Wasserrechtsbehörde zugeleitet. (Schluß) we/ap

NNNN

.....  
Bereits am 22. September 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Analysenwerte liegen offen auf

=++++

18 Wien, 22.9. (RK-KOMMUNAO) Zur Presseaussendung des Ing. Friedrich HÜBL vom 21. September wird seitens des amtsführenden Stadtrats Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" festgestellt, daß diese Information unrichtig ist. Die von Hübl in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen über Unzukömmlichkeiten in der Hauptkläranlage wurden durch mehrere Gutachten unabhängiger Sachverständiger widerlegt.

Für Mittwoch, 29. September lädt Stadtrat Veleta im Rahmen einer Pressefahrt zur Besichtigung der Hauptkläranlage ein. Für die Presse wird die Möglichkeit bestehen, an Ort und Stelle in alle Gutachten und Analysen Einsicht zu nehmen. Diese Möglichkeit wird auch bereits am "Tag der offenen Tür" - Samstag, 25. September - allen Wienerinnen und Wienern geboten werden.

Stadtrat Veleta bezeichnet das Vorgehen des Ing. Friedrich Hübl als Ablenkungsmanöver im Hinblick auf die gegen Hübl eingeleiteten Verfahren.

Geehrte Redaktion!

.....  
Zur Einsichtnahme in Analysen der Reinigungsleistung der Wiener Hauptkläranlage lädt Stadtrat Josef VELETA zu einer

#### PRESSEFAHRT

mit Besichtigung der Hauptkläranlage in Simmering ein.

Bitte merken Sie vor:

ZEIT: Mittwoch, 29. September, 10 Uhr.

ORT: Friedrich-Schmidt-Platz, Abfahrt mit Bus.

Presse- und Informationsdienst  
der Stadt Wien

(Schluß) we/bs

Tag der offenen Tür: Kinderprogramm im Stadtkino

=++++

3 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Das Stadtkino auf dem Schwarzenbergplatz präsentiert anlässlich des "Tages der offenen Tür" ein spezielles Kinderprogramm mit folgenden vier ausgezeichneten Kinder- und Jugendfilmen:

11 Uhr: "Wir pfeifen auf den Gurkenkönig". Der Film wurde 1975 in der BRD nach einem Roman von Christine Nöstlinger gedreht. Er beschreibt die Wirren, die in einer Durchschnittsfamilie durch den Einbruch des "Gurkenkönigs", eines Wesens zwischen Kartoffel, Kürbis und Gurke, entsteht.

13 Uhr: "Stormboy - Kinder des Sturms". Ein australischer Film der vor allem die positive Haltung zur Natur als wesentlichen Wert vermittelt.

15 Uhr: "Hugo und Josefin". Schwedischer Film um die Freundschaft zwischen Kindern.

17 Uhr: "Die Erfindung des Verderbens". Der tschechische Film aus dem Jahr 1957 beleuchtet die Problematik des technischen Fortschritts und dessen Anwendung.

Das Programm wird am Sonntag in der selben Reihenfolge wiederholt. Der Eintritt ist frei, Zählkarten werden an der Kasse des Stadtkinos ausgegeben. (Schluß) gab/ap

NNNN

"Im Park is a Theata"

Utl.: Großes Kulturspektakel in der Josefstadt

=++++

6 Wien, 23.9. (RK-LOKAL) Ein Frühschoppenkonzert mit Freibier, ein Vergnügungspark, Malaktionen, Kindertheater, Muckenstrunz und Bamschabl, Jazz-Konzerte und eine Tombola werden unter dem Motto: "Im Park is a Theata" im Rahmen eines großen Kulturspektakels kommenden Sonntag, dem 26. September, im 8. Bezirk, im Schönborn-Park, geboten. Veranstalter des Parkfestes ist der Verein "Freunde der Josefstadt" der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes und des Kulturamtes durchführt.

Das Fest beginnt um 10 Uhr mit einem Frühschoppenkonzert, wobei auch ein Faß mit "Freibier" angezapft werden wird. Im Rahmen eines bunten Unterhaltungsprogrammes in der Zeit von 14 bis 19 Uhr werden unter anderem Muckenstrunz und Bamschabl, das Duo Frank und Frey, Interpreten der Wiener Musik, Zauberer und Feuerschlucker sowie die Jazz- und Dixie-Band "Blue-Note-Seven", mitwirken. Zu den weiteren Höhepunkten zählen:

Malaktionen und ein Theater für Kinder, ein Schach-Simultan-Wettbewerb, eine Freiluftkunstgewerbe-Ausstellung mit Worke-Shops und ein Bauernmarkt. Ebenfalls gibt es für Kinder Geschicklichkeitswettbewerbe, bei denen auch Preise zu gewinnen sein werden. Jeder Besucher des Parkfestes hat außerdem die Chance, im Rahmen einer großen Tombola einen Preis zu gewinnen. Der Eintritt zu sämtlichen Aktivitäten ist frei. (Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 - Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Ohne auf alle Vorwürfe der vergangenen Tage konkret eingehen zu wollen, antwortete Bürgermeister GRATZ auf die ERSTE ANFRAGE, Stadtrat VELETA und er selbst seien nach Prüfung der Unterlagen zur Erkenntnis gelangt, daß gegen leitende Beamte der Magistratsabteilung 30 keinerlei disziplinaire Schritte einzuleiten seien. Auf die ZUSATZFRAGE, ob es stimme, daß zwei leitende Beamte jahrelang objektiv falsche Angaben über die Zusammensetzung des Klärschlammes gemacht hätten, meinte der Bürgermeister, er habe Anweisung gegeben eine umfassende Darstellung der Ereignisse im Zeitablauf zusammenstellen zu lassen, die im nächsten Kontrollausschuß diskutiert werde. Ihm oder der Gemeinde sei es rechtlich verwehrt, im Namen der beiden Beamten zu klagen, die beiden Beamten selbst hätten dies bisher mangels konkreter Vorwürfe durch Exdirektor Hübl nicht tun können. Die Formulierung des offenen Briefes Hübls vom Mittwoch mache eine Klage der beiden Beamten nun allerdings möglich und sie werde auch erfolgen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE meinte der Bürgermeister, er sei heilfroh, sich im Vorjahr persönlich dafür eingesetzt zu haben, daß die EBS in die Verwaltung der Magistratsabteilung 30 überstellt wurde. Es sei beweisbar, daß gerade die jetzt angegriffenen Beamten seither Schritt für Schritt die Mängel beheben konnten. (Forts.)  
rö/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Die ZWEITE ANFRAGE beantwortete Bürgermeister GRATZ dahingehend, daß er nicht bereit sei, sich gegen eine Beteiligung Wiens am Konferenzzentrum einzusetzen. Der Bürgermeister wies neuerlich darauf hin, daß der Vertrag zwischen Wien und der Republik Österreich nur den Bau betreffe und von einer Beteiligung Wiens an den Betriebskosten keine Rede sei. Gratz unterstrich auch, daß sich aus persönlichen Gesprächen mit Vertretern der IAEO erst kürzlich wieder gezeigt habe, daß die Wiener Hofburg für Konferenzen mit Komiteeräumen, Sekretariatsräumen und Räumen für nationale Delegationen nicht geeignet sei. Die Großkonferenzen seien nicht im Abnehmen, da die Berufsgruppen so wie die Bevölkerungszahl der Erde laufend größer wurden. Erst kürzlich habe Stadtrat STACHER das Angebot eines Ärztekongresses für 8.000 Teilnehmer ablehnen müssen. Allein an Umwegrentabilität, Umsatzsteuer entstehe so ein großer Verlust. Auf die Zusatzfrage antwortete Gratz, die grundsätzliche Finanzierung sei schon seit einem Jahr geregelt, es gehe jetzt nur um günstigere Möglichkeiten, an denen sich Wien auch beteiligen würde. (Forts.) rö/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die 3. ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPö), wie sich das Wiener Ferienspiel in der Zeit seines nunmehr zehnjährigen Bestandes entwickelt habe, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß sich das Ferienspiel zur größten Kinderfreizeitaktion Europas entwickelt hat. Es bietet den in Wien verbliebenen Kindern attraktive Möglichkeiten, ihre Freizeit in den Ferien zu gestalten und vor allem auch Anreize für ein positives Bildungs- und Kulturverhalten. In den zehn Jahren seines Bestandes hat sich die Teilnehmerzahl des Ferienspieles auf 241.750 Besucher im Sommer 1982 verdoppelt. Gab es 1973 noch zehn Stationen beim Ferienspiel, so waren es 1982 bereits 45. Neben den Wiener Kindern beteiligen sich am Ferienspiel auch niederösterreichische Kinder, Kinder von Urlaubern und nicht zuletzt Gastarbeiterkinder, die im Ferienspiel voll integriert sind.  
(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KREMNIETZER (SPÖ), welche Angebote die Stadt Wien für die Bildungsbedürfnisse älterer Menschen bietet, antwortete Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß es eine Großzahl derartiger Angebote gibt. So bieten die Volkshochschulen etwa neben Sprach- und Gymnastikkursen auch Lebenshilfe, Möglichkeiten schöpferischer Betätigung und Gesprächsrunden für die ältere Generation. Besonders kommt auch der älteren Generation der ganztägige Betrieb an den Volkshochschulen entgegen. Weiter wies Sandner auf die Großdruckbücher in den städtischen Büchereien und in den Bücherkisten der Pensionistenheime hin, die den älteren Menschen das Lesen erleichtern. In Zusammenarbeit zwischen der MA 13 und den Pensionistenheimen gibt es auch Kurse und Vorträge für die Pensionisten. Die bildungsmäßige Betreuung auch für Behinderte ergänzt das Programm für die ältere Generation.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchem Ausmaß dieses reichliche Angebot genutzt wird, sagte Sandner, daß ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen ist. So verzeichnen allein die Volkshochschulen 10.000 Hörer im Alter von über 65 Jahren. (Forts.)  
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), wieviel Stationen beziehungsweise Betten von Juni bis August 1982 in den städtischen Spitälern gesperrt waren, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß zwischen 31. Mai und 6. Juni (626 gesperrte Betten) der geringste Wert erreicht wurde, zwischen 2. und 8. August mit 3.464 Betten oder 33,7 Prozent des gesamten Bestandes der höchste Wert. Dabei sei es gelungen, vor allem die Zahl der gesperrten Betten in internen Stationen besonders gering zu halten. In mehreren Fällen war es auch möglich, Stationen nicht gänzlich, sondern nur teilweise zu sperren. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen zur Bewältigung des Personalproblems eingeleitet wurden, antwortete Stacher, daß es 1974 560 Schüler gab, derzeit sind es fast 2.000. Heuer wurden weitere Ausbildungsplätze im Wilhelminenspital eingerichtet, und der Zweite Bildungsweg wurde stark forciert. Zudem wird bei gleicher Qualifikation bei der Aufnahme Schwesternschülern und Pflegern aus Wien der Vorzug gegeben. Es wird ständig versucht, die externe Ausbildung zu erweitern. Dies ist jedoch derzeit noch limitiert, weil nicht ausreichend Ausbildungspersonal zur Verfügung steht. Es werden aber auch hier entsprechende Maßnahmen gesetzt. Trotzdem wird es nicht möglich sein, in den nächsten Jahren alle ausgeschiedenen Schwestern zu ersetzen, vor allem auch deshalb, weil viele konfessionelle Schwestern in Pension gehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was geschehen werde, um die überdurchschnittlich hohe wöchentlichen Arbeitszeit des Pflegepersonals zu senken, antwortete Stacher, daß grundsätzlich zu klären ist, wieviele Betten nach Umstrukturierungen notwendig sein werden. Es wird ständig eine Verbesserung angestrebt, etwa auch durch Aufnahme von Schwestern aus dem Ausland. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), welche Wiener Sportstätten derzeit als voll olympiareif zu bezeichnen sind, antwortete Stadtrat SCHIEDER, daß sofort und ohne Adaptierungen das Hanappi-Stadion verwendet werden könnte. SCHIEDER gab dann bekannt, welche Anlagen für welche Zwecke zur Verfügung stehen und nannte dabei neben zahlreichen städtischen Sporteinrichtungen auch die Hallen im Messegelände, die Wiener Neustädter Militärakademie und ein eventuell neu zu schaffendes Judocenter. Aufwendig wäre die Adaptierung des Stadionsbades für Schwimmbewerbe, weil hier für relativ kurze Zeit eine Überdachung mit Nebeneinrichtungen errichtet werden müßte. Trotz zahlreicher Adaptionen von Anlagen in Wien und Umgebung für Sportanlagen würden die Kosten weit geringer sein als bei vorhergegangenen olympischen Spielen oder jenen in Los Angeles. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Höhe der Kosten sagte SCHIEDER: Die Arbeiten im Stadion und eine eventuelle Überdachung des Stadionbades sowie der Bau einer Military-Strecke ausgenommen werden Kosten unter 500 Millionen zu veranschlagen sein. Die Überdachung des Stadionbades wäre mit 30 bis 400 Millionen (bei Neubau), die Militarystrecke mit 15 Millionen vorzusehen. SCHIEDER rechnet unter ungünstigen Voraussetzungen (aufwendigere Adaptionen usw.) mit bis zu einer Milliarde Schilling. Auf die 2. Zusatzfrage, wieviele Sportler und Journalisten akkreditiert seien und wo diese untergebracht werden würden, gab SCHIEDER Werte zwischen 18.500 und 22.500 bekannt. Die Unterbringung müßte in einem "Olympischen Dorf" vorgesehen werden. In diesem Zusammenhang sprach SCHIEDER von einer erforderlichen Wohnfläche von 350.000 Quadratmetern, das seien etwa 5.000 Wohnungen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR UHL (öVP) wann die Steinhofgründe besser erschlossen werden, antwortete STR. SCHIEDER, daß dieses Grünareal schrittweise nach den Plänen des Forstamtes ausgestaltet wird. Bei zwei weiteren Stellen ist eine Öffnung vorgesehen. Für die Betreuung der Eingänge und des Areals muß der derzeitige Stützpunkt in der Johann-Staud-Gasse ausgebaut werden. Erste Maßnahmen für die Erholungssuchenden wurden bereits getroffen. Es wurden ein Springbrunnen, Tische, Bänke und Papierkörbe aufgestellt und die wilde Deponie saniert. Im großen und ganzen soll das Areal natürlich belassen bleiben.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob für die Erschließung des Areals ein Terminplan besteht, wies STR. Schieder darauf hin, daß die Vorarbeiten für die Erschließung der Steinhofgründe bereits getroffen wurden und weitere Maßnahmen laufend gesetzt werden.

Auf die zweite Zusatzfrage, ob es keinen geplanten Baubeginn für die Eingänge gibt, erwiderte Schieder, daß die Anträge zu den Bauarbeiten bereits im nächsten Budget berücksichtigt sind.

Ende der Fragestunde. (Forts.) ba/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Mitteilung zum Wiener Wasser

=++++

16 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Mitteilung über die Situation des Wiener Trinkwassers meldete sich StR. VELETA (SPÖ). Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser findet im In- und Ausland Anerkennung. Sie ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, und kaum jemand registriert, daß er zu jeder Tages- und Nachtzeit den Wasserhahn aufdrehen und Wasser bester Qualität genießen kann. Derzeit sind mehr als 98 Prozent der Wiener Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Bei den restlichen Wienern handelt es sich hauptsächlich um die Bewohner von Einfamilien- und Siedlungshäusern. Hier wären noch rund 9.000 Zuleitungen zu errichten. Bei den Siedlungsgebieten im 21. und 22. Bezirk, wo der Wasserbedarf aus eigenen Brunnen gedeckt wird, wurden Grundwasserverunreinigungen festgestellt. Mit großer Wahrscheinlichkeit stammen die Wasserverunreinigungen von Industrie- und Gewerbebetrieben, nicht nur aus dem Wiener Raum, sondern vermutlich auch aus dem Umland. Das große Problem ist die tatsächliche Feststellung des Verursachers. Nach der Sperre der privaten Brunnen haben die Wiener Wasserwerke sofort Hydranten in den betroffenen Gebieten installiert. Die erforderlichen Mittel für den Anschluß an das Wiener Wassernetz wurden bereitgestellt. Noch in diesem Jahr werden alle bisher betroffenen Gebiete im 21. und 22. Bezirk an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Die Kosten betragen rund 36 Millionen S.

Der Ausbauplan der Wasserwerke für die anderen noch nicht erschlossenen Siedlungen sieht zwischen 1983 und 1986 Aufwendungen von 236 Millionen S vor. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Mitteilung zum Wiener Wasser

=++++

17 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Bevölkerung verbraucht derzeit täglich rund 435.000 Kubikmeter Wasser. Der Tagesspitzenverbrauch liegt bei 534.000 Kubikmeter. Bezogen wird das Wasser im wesentlichen von der Ersten und Zweiten Hochquellenleitung, aus den Grundwasserwerken Lobau und Nußdorf, sowie aus den Grundwasserwerken an der Ersten Hochquellenleitung. Zweimal jährlich, wenn Erhaltungsarbeiten durchgeführt werden, kommt es zu Engpässen in der Wasserversorgung obwohl diese von der Wiener Bevölkerung nicht zu spüren sind. Nach der Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke und der Dritten Wasserleitung wird der zeitliche Spielraum, der für die laufenden Instandhaltungsarbeiten zur Verfügung steht, deutlich größer werden. Für die Benützungsbewilligung der Dritten Wiener Wasserleitung läuft derzeit ein Verfahren. Die nächste Verhandlung wird im Oktober stattfinden.

STR. VELETA wies darauf hin, daß es auch im Bereich der Mitterndorfer Senke Probleme durch Verunreinigung des Grundwassers gibt. Bisher wurden die Brunnen der Wiener Wasserwerke nicht betroffen. Sollte jedoch der Fall eintreten, müßte eine Aufbereitung des Grundwassers erfolgen. Die dafür notwendige Technologie wurde von den Wasserwerken bereits erarbeitet. Durch den Ausbau der Donaustufen von Hainburg und Wien werden in Zukunft voraussichtlich die Grundwasserwerke Lobau und Nußdorf beeinträchtigt. Die Errichtung eines neuen Grundwasserwerkes, das täglich mehr als 100.000 Kubikmeter Wasser liefern soll, ist auf dem nördlichen Teil der Donauinsel vorgesehen. Die Novellierung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes sieht den Anschluß zu wirtschaftlich günstigeren Bedingungen für die Wasserabnehmer vor. (Forts.) ba/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

20 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen eine Anfrage der FPö und drei Anfragen der ÖVP vor.

Anträge der ÖVP über die Grundstückstransaktion Rauch-Höphffner, die Anbindung von Schulen des dritten Bezirks an den Donaukanal-Radweg, Maßnahmen zur Lösung des Müllproblems, den Schutz der Simmeringer Haide vor Abgasen und Schadstoffen, die Verbesserung der Luftsituation, die Umleitung des Durchzugsverkehrs in Oberlaa und Lärmschutzmaßnahmen für die Vorortelinie sowie Anträge der Bezirksvertretung des 6. Bezirks über die Umwidmung eines Areals an der Linken Wienzeile, der Bezirksvertretung des 7. Bezirkes auf Verzicht auf die Beteiligung Wiens am Konferenzzentrum und der Bezirksvertretung des 18. Bezirkes auf Ermäßigung der Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel für Ferialpraktikanten wurden zugewiesen.

Die Anträge bezüglich des Kaufes eines Grundstückes in Breitenlee (Rauch-Höphffner) und bezüglich der Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes für ein Gebiet im 19. Bezirk wurden von der Tagesordnung abgesetzt. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: GR. Dr. Maria Schaumayer verabschiedet sich

=++++

21 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) beantragte eine Fristverlängerung für die Regelung von Obligationen der Dollaranleihe aus dem Jahr 1927.

GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) nahm diesen Antrag zum Anlaß, einige persönliche Worte des Dankes und des Abschieds an den Gemeinderat zu richten, aus dem sie mit dem morgigen Tag nach 18-jähriger Tätigkeit ausscheidet. Sie habe nie ein Hehl daraus gemacht, sagte Schaumayer, daß sie die Zusammenarbeit gegenüber dem Taktieren bevorzuge. Sie würde es für eine glückliche Entwicklung in unserer Stadt halten, würde das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung und der Zusammenarbeit in der Verfassung verankert werden. Die Menschen sind nicht der Politik überdrüssig, sondern einzelner Politiker, gewisser Praktiken und eines gewissen Stils. Dies gilt selbstverständlich für alle Fraktionen. Schaumayer schloß unter großem Beifall aller Fraktionen mit dem Dank für die Fairneß, die ihr in ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit entgegengebracht wurde, und mit den besten Wünschen für Ansehen und Erfolg der Stadt Wien.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen. (Forts.)ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

22 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. Fritz HOFMANN (SPÖ) nahm einen Antrag auf Sachkrediterhöhung für Vorarbeiten für die U-Bahn-Linie U 6 zum Anlaß für einen Bericht über die vor wenigen Wochen abgeschlossene erste Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes sowie über einige Aspekte der bevorstehenden zweiten Bauphase. Seit 3. September fährt die U 1 bis Kagran. Das Grundnetz der U-Bahn mit den Linie U 1, U 2 und U 4 mit einer Gesamtlänge von 31 Kilometer steht damit nach einer etwas mehr als zwölfjährigen Bauzeit komplett zur Verfügung. Mehr als 22 Milliarden S wurden bisher für den U-Bahn-Bau aufgewendet, ohne daß es dabei - unter ständiger Kontrolle des Rechnungshofes und des Kontrollamtes - irgendwelche wesentlichen Beanstandungen gegeben hätte. Auf den U-Bahnlinien fahren heute zum Teil bereits mehr als doppelt so viele Fahrgäste als früher auf den parallel verkehrenden Straßenbahnlinien. Täglich benutzen derzeit - bei steigender Tendenz - 310.000 Fahrgäste die U-Bahn.

Der U-Bahn-Bau hat auch ganz entscheidend zur positiven Veränderung des Wiener Stadtbildes beigetragen. Die großen Fußgängerzonen in Favoriten und in der Inneren Stadt wären ohne die U-Bahn nicht möglich gewesen. Der erste Bezirk erlebte infolge des U-Bahn-Baues einen ungeheuren Aufschwung. Zahlreiche Straßen und Plätze wurden nach Abschluß der Bauarbeiten neu und schöner als je zuvor gestaltet.

Der U-Bahn-Bau hat aber auch volkswirtschaftlich und beschäftigungspolitisch enorme Bedeutung. Allein die Linie U 1 kostete - ohne Wagenbau - rund 10 Milliarden. Ein Viertel der Lohn- und Materialkosten kam direkt der Wiener Wirtschaft zugute, mehr als zwei Drittel der Summe gingen in die Bundesländer außerhalb Wiens. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

23 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Je zwei Milliarden flossen nach Niederösterreich und in die Steiermark, 1,3 Milliarden nach Oberösterreich, 1,1 Milliarden ins Burgenland, 269 Millionen nach Kärnten und der Rest in die übrigen Bundesländer, sagte HOFMANN. Im Durchschnitt der letzten zwölf Jahre fanden allein auf den Baustellen der U 1 jährlich 1.380 Menschen Beschäftigung. Dazu kommen noch hunderte Arbeiter und Angestellte, die in zahlreichen Betrieben mit der Herstellung des Wagenparks, der Schienen, Schwellen, Verkleidungen etc. beschäftigt waren.

Den größten Teil der Baukosten des U-Bahn-Grundnetzes trug die Stadt Wien, der Bund leistete einen Beitrag von etwa 20 Prozent. Für die zweite Bauphase mit den Linien U 3 und U 6 konnte, wie Hofmann betonte, eine Kostenteilung zwischen Bund und Stadt Wien im Verhältnis von 50 zu 50 erreicht werden. Die Kostenschätzung für diese beiden Linien bewegt sich auf Preisbasis 1981 in einer Größenordnung von etwa 23 Milliarden Schilling. In nächster Zeit sollen für den weiteren Ausbau der U-Bahn im Durchschnitt jährlich rund zwei Milliarden zur Verfügung stehen. Dabei soll der Grundsatz größtmöglicher Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Anwendung finden. So werden zum Beispiel durch den Einsatz einer neuen Generation von U-Bahn-Wagen mit Drehstromantrieb Einsparungen auf dem Energiesektor möglich sein. Bei den Planungsarbeiten ist auch ein Architekt aus dem Kreis der Interessenvertretungen für Körperbehinderte eingeschaltet. Aufzüge soll es in Zukunft grundsätzlich in jeder U-Bahn-Station geben. (Forts.) ger/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

24 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Hofmann legte das Ergebnis einer Untersuchung der Verkehrsbetriebe über Einsparungen und Mehrkosten durch den U-Bahn-Betrieb vor. Danach stehen - die Zahlen beziehen sich auf das gegenwärtige Netz - durch die U-Bahn ermöglichten Einsparungen bei Straßenbahn-, Autobus- und Stadtbahnlinien in der Höhe von 503 Millionen Schilling jährlich Mehraufwendungen von 223 Millionen im Straßenbahn- und Autobusnetz sowie Aufwendungen von 654 Millionen für den U-Bahn-Betrieb gegenüber. Per Saldo ergibt sich dadurch ein jährlicher Mehraufwand durch den U-Bahn-Betrieb in der Höhe von 374 Millionen (654 Millionen U-Bahn-Betrieb minus 280 Millionen Einsparungen im Sekundärnetz). Dies bedeutet, daß die Vorteile des U-Bahn-Betriebes tägliche Mehrkosten von etwa einer Millionen S verursachen. Auch darin kommt, schloß Hofmann, der Grundsatz zum Ausdruck, dem öffentlichen Verkehr Vorrang einzuräumen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

25 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Die Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes hätte eine ganze Reihe positiver wirtschaftlicher und städtebaulicher Auswirkungen gehabt, erklärte GR. PAWKOWICZ (FPÖ). Die U-Bahn sei von der Bevölkerung voll angenommen worden, es hätte aber durch die Bautätigkeit auch zahlreiche Belastungen gegeben.

Mit geringen Mitteln könnte man die U 1 an beiden Seiten bis zu den großen Siedlungen am Stadtrand verlängern, um auch diese in das Netz einzubeziehen. Auch die Floridsdorfer Bezirkskvorstehung habe sich einstimmig dafür ausgesprochen. Die Verlängerung käme deshalb billig, weil die Linienführung größtenteils über Tag geführt werden könne.

Auch für die U 4 forderte Pawkowicz eine Verlängerung bis Auhof, da es in Hütteldorf zuwenig Parkflächen für "Park-and-Ride" gäbe. Auch die Vorortelinie sollte bis Hütteldorf verlängert werden, um eine Anknüpfung an die U 4 zu erreichen.

Die Trassenführung der U 3 durch die Mariahilfer Straße sollte noch einmal überdacht werden, forderte Pawkowicz. Die offene Bauweise in der Mariahilfer Straße würde zwar etwas weniger kosten als die geschlossene in der Lindengasse, dafür wäre aber die Belästigung für die Anrainer wesentlich größer, wie der offene U-Bahn-Bau im 2. Bezirk gezeigt habe. Laut einem wissenschaftlichen Gutachten der MA 4 und der Wiener Handelskammer käme es zu einer nicht wiedergutzumachenden Schädigung der Mariahilfer Straße als Geschäftszentrum. Deshalb sei ihm auch der Schwenk der Handelskammer, die jetzt die Mariahilfer Straße als U-Bahn-Trasse bevorzugt, absolut unverständlich.

Durch die Schädigung der Klein- und Mittelbetriebe würden in der Mariahilfer Straße 1.000 Arbeitsplätze gefährdet werden. Man könne auch bei einem Bau in der Lindengasse die Ausgänge so anlagen, daß die Mariahilfer Straße gut erreichbar wäre. Eine spontane Unterschriftenaktion hätte gezeigt, daß alle kleinen Gelschäftsleute gegen die U-Bahn wären. Abschließend ersuchte Pawkowicz, daß seine Vorschläge zumindest zum Teil überprüft werden sollten. (Forts)  
roh/fe

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

26 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Dkfm. AMMANN (ÖVP) sagte, die ÖVP habe bereits 1948 erstmals verlangt, ein entsprechendes Konzept für den U-Bahn-Bau zu erstellen bzw. Vorarbeiten zu leisten. Das wurde jedoch damals abgelehnt. Der verspätete Beginn zeige in der Praxis Nachteile, die schon viel Geld kosteten bzw. noch kosten werden. In diesem Zusammenhang nannte Ammann die U 2, die von einer ehemaligen Ustrabastrecke umgebaut wurde. Es gab Probleme mit den Stationsabständen und den Gleisradien. Die künftige U 6 wird zusätzliche Mittel kosten, weil sie vorerst so gebaut werden muß, daß sie auch für Straßenbahnbetrieb geeignet ist. Das "Loch" auf dem Stephansplatz hätte nicht sein müssen, hätte man zeitgerecht Vorsorge im Flächenwidmungsplan getroffen.

Ammann befaßte sich dann mit der Bedeutung des "Park and Ride" und kritisierte, daß trotz bereits 1974 vorliegender Studie bisher zu wenig geschehen sei. Der "Park and Ride"platz in Kagran sei bereits ab 7 Uhr voll besetzt. Ammann erklärte, STR. Hofmann hätte nicht den Erfolg des Standortes in Kagran abwarten dürfen, bevor neue Anlagen errichtet werden.

Die Fahrpläne entsprächen nicht den Bedürfnissen der Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel, führte Ammann weiter aus, und er stellte den Antrag, die Fahrpläne und Fahrzeiten der verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel besser aufeinander abzustimmen. Aus ökonomischen Gründen sollen in betriebsschwachen Zeiten Citybusse und Linientaxis eingesetzt werden. In einem weiteren Antrag verlangte Ammann: Führung einer Citybuslinie vom 1. Bezirk zum Praterstern, einer weiteren vom Praterstern zum Schiffahrtszentrum sowie einer Buslinie vom 20. Bezirk zum Praterstern. Abschließend befaßte sich Ammann mit Bequemlichkeit und Behindertengerechtigkeit der U-Bahn und verlangte, den Bau der U 3 in der Mariahilfer Straße mit den Betroffenen abzustimmen. (Forts.) and/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

27 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR.Ing. RIEDLER (SPö) erinnerte an die großen Schwierigkeiten, die beim Bau des U-Bahngrundnetzes bewältigt werden mußten: An die Durchquerung der Innenstadt, deren Untergrund nicht bekannt war, an die Wassereinbrüche am Karlsplatz, an die Unterquerung des Donaukanals und an den Umbau der Wientallinie bei Aufrechterhaltung des Verkehrs. Man müsse den U-Bahn-Erbauern großen Dank aussprechen, ddaß sie sich trotz der Angriffe der Opposition und trotz großer technischer Schwierigkeiten nicht entmutigen ließen. 1981 wurden 106,7 Millionen Beförderungsfälle auf der U-Bahn gezählt. Wenn sich jeder Fahrgast nur 5 Minuten Fahrzeit erspart hat, so betrug die gesamte Zeitersparnis aller U-Bahnfahrgäste im Jahr 1981 zusammen 1000 Jahre. Wien nimmt bei der Nahverkehrsversorgung von 45 Städten den 13. Platz ein. Natürlich gibt es auch noch Wünsche an die U-Bahn-Erbauer. GR. RIEDLER BEANTRAGTE den rachen Bau von weiteren U-Bahn-Stationen in der Rampengasse im 19. Bezirk und in der Reinprechtsdorfer Straße im 5. Bezirk. Auch für die zweite Bauphase der Wiener U-Bahn gibt es Wünsche, die Verbesserungen mit sich bringen. Um vor allem alten und behinderten Menschen den Zugang zur U-Bahn zu erleichtern, stellte Riedler folgenden zweiten ANTRAG: In allen neuen U-Bahn-Stationen sollen künftig Aufzüge installiert werden. Nur dort wo es die Frequenz verlangt, sollen zusätzlich Rolltreppen eingebaut werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

28       Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Bau der U 3 im dritten Bezirk beschäftigte sich GR. SCHNEIDER (ÖVP). Damit diese Linie für den dritten Bezirk wirklich etwas bringt, ist ihre sofortige Weiterführung von der Kundmanngasse nach Erdberg notwendig. Die Erfahrungen in der Praterstraße beim Bau der U 1 zeigen, daß die langen Beeinträchtigungen durch das Baugeschehen zum Untergang zahlreicher, vor allem kleinerer Betriebe führten. Schneider brachte in diesem Zusammenhang einen ANTRAG ein, der Finanzstadtrat möge umgehend Gespräche mit der Wiener Handelskammer aufnehmen, um die U-Bahn-Hilfsaktion für Unternehmen zu verbessern und auszubauen. Insbesondere ist dabei auf die besonders schwierige Situation von Wirtschaftstreibenden, die kurz vor ihrer Pensionierung stehen, Bedacht zu nehmen. Schneider verlangte, alles zu unternehmen, damit beim Bau der künftigen U-Bahn-Strecken so schonend wie möglich vorgegangen werden kann. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

32 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) wies darauf hin, daß auch in der Favoritenstraße die befürchteten Auswirkungen des U-Bahn-Baues nicht eingetreten seien. Das sei auch für die Landstraße zu erwarten.

Die erste Phase des U-Bahn-Baues sei abgeschlossen, mehr als hunderttausend Donaustädter und viele Floridsdorfer hätten ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsmittel erhalten. Mit der zweiten Phase, der Planung für die U 3 und U 6, sei längst begonnen worden. Bei der U 3, die zwischen Simmering und Ottakring verkehren wird, habe der Abschnitt zwischen Volkstheater und Kundmangasse mit Verbindungen zur U 2, U 4 und Schnellbahn Vorrang, dann folge der Abschnitt Kundmangasse-Erdberg und schließlich Volkstheater-Westbahnhof.

Die Trassenführung unter der Mariahilfer Straße beruhe auf fundamentalen Entscheidungsgrundlagen aus jahrelangen Untersuchungen und komme um 15 bis 20 Prozent billiger als diejenige unter der Lindengasse. Für das Geschäftszentrum Mariahilfer Straße wäre die U-Bahn von unschätzbbarer Bedeutung, außerdem hätte sie positive Auswirkungen für die Stadterneuerung sowohl im sechsten als auch im siebenten Bezirk. Eine Trassenführung unter der Lindengasse würde zu Büro- und Betriebsansiedlungen führen, Wohnungen verdrängen und eine Verödung der Gegend herbeiführen.

Die Angriffe von GR. PAWKOWICZ (FPÖ) auf die Trassenführung unter der Mariahilfer Straße wies Vejtisek zurück. Es werde in der Mariahilfer Straße keine Kraterlandschaft geben, nur einzelne Abschnitte wären jeweils betroffen. Auch die Arbeiterkammer erwarte sich von der U-Bahn einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Stadtteil. Die Entscheidung bezüglich der Trassenführung der U 3 sei sicher richtig, erklärte Vejtisek. Man erwarte sich von ihr gezielte Impulse für die Stadtentwicklung in diesem Bereich. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

33      Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Zur geplanten U-Bahn-Linie 6 erklärte GR. VEJTISEK, die Stadtbahn entspreche nicht mehr den technischen Anforderungen, die Umstellung auf U-Bahn-Betrieb werden einen hohen Aufwand erfordern. Wie die Station Gumpendorf werden alle Stadtbahnstationen renoviert und revitalisiert. Die Strecke ab Gumpendorf nach Meidling lasse sich nicht mehr umbauen, deshalb werde die U-Bahn auf einer neuen Trasse verkehren. Auch die Otto-Wagner-Brücke, seinerzeit nur als Provisorium gebaut, sei für den U-Bahn-Betrieb nicht geeignet. Es gebe deshalb einen Wettbewerb für eine U-Bahn-Brücke über die Wienzeile, wobei die Otto-Wagner-Brücke entweder eingebunden, abgebrochen oder zusätzlich stehengelassen werden soll. Es erhebe sich allerdings die Frage, ob es sinnvoll sei, eine funktionslose Brücke zu erhalten, eine sichere und schnelle U-Bahn habe größere Bedeutung als die ästhetischen Werte einer alten Brücke. (Forts.) roh/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: U-Bahnbericht

=++++

34 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) wies darauf hin, daß auch die U 4 auf der Strecke nach Ober St. Veit eine Langsamfahrstelle bei einer alten Otto-Wagner-Brücke habe, wo sie auf etwa 20 Stundenkilometer abbremse, die man in Kauf genommen haben.

Die U-Bahn bezeichnete MAYR als wichtigen Beitrag zur Stadterneuerung und große technische Leistung. Für mehr als 20 Milliarden sind in mehr als zwölf Jahren 31 Kilometer Streckenlänge fertiggestellt worden. Davon seien allerdings 16,5 Kilometer alte Stadtbahnstrecke, die kostenmäßig billiger gekommen sind. Aus den Erfahrungen der ersten Bauphase müsse man für die zweite Phase lernen:

Mit dem Oberbau hat es im Bereich der U 2 und U 4 Schwierigkeiten gegeben, es kam zu Erschütterungen bei nahe gelegenen Wohnhäusern. Da U 3 und U 6 durch dichtverbaute Gebiete geführt werden sollen, müsse auf diese Schwingungsprobleme besonders geachtet werden. Den Lärmschutz habe man auf den offenen Hochstrecken im Griff, lobte GR. MAYR. An der Oberflächengestaltung sei zu kritisieren, daß in der Praterstraße und in Kagran die Oberfläche noch immer nicht fertig sei. Hier wären rechtzeitig Maßnahmen zu setzen. Auch die rechtlichen Probleme, die Sicherung von Servituten auf den Linien der U 3 und U 6, müßten rechtzeitig ins Auge gefaßt werden, was in der ersten Bauphase nicht immer geschehen sei. Die größte Sorge beim U-Bahnbau bereiteten sicherlich die Finanzen. Für die Ausgaben im Jahr 1982 habe man bei der Zentralsparkasse einen Kredit in der Höhe von mehr als einer halben Milliarde Schilling aufnehmen müssen, den der Bund zurückzahlen solle. Darüber gebe es bisher aber noch keinen Vertrag.

Abschließend verwies GR. MAYR darauf, daß zwar kürzlich die Trassenführung der U 3 zwischen Volkstheater-Westbahnhof festgelegt wurde, es aber noch keine Entscheidung für den ersten Bauabschnitt zwischen Volkstheater und Kundmangasse gebe. (Schluß) ro/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

35 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) sagte, wenn es nach den Aussagen der Opposition ginge, könnte man oft glauben, es gäbe in Wien noch immer keine U-Bahn. Richtig sei jedoch, daß das U-Bahngrundnetz wie vorgesehen fertig gestellt wurde. Ebenso glaube er fest daran, daß die U 6 im Jahr 1988 die Philadelphiabrücke erreichen werde und daß die U 3 im Jahr 1991 zwischen Kundmanngasse und Volkstheater in Betrieb genommen werde, wenn alle technischen Schwierigkeiten zu meistern seien. Zur Frequenz der U-Bahn wies Hengelmüller darauf hin, daß heute bereits zwischen den Stationen Vorgartenstraße und Praterstern eine Steigerung von rund 50 Prozent gegenüber dem Straßenbahnverkehr zu verzeichnen sei. Zwischen Stephansplatz und Karlsplatz habe sich die Frequenz seit 1980 nahezu verdoppelt.

Zur Finanzierung der U 3 und U 6 äußerte sich Hengelmüller auf Grund der 50:50 Vereinbarung zwischen Bund und Wien optimistisch.

Schließlich sagte Hengelmüller zu Befürchtungen wegen der Belästigung durch den U-Bahnbau, speziell im Bereich der Mariahilfer Straße, daß ein derartiges Bauwerk eben nicht ohne Belästigungen errichtet werden könne. Doch werde man trachten, diese möglichst gering zu halten. Hengelmüller schloß mit einem Apell zur weiteren gemeinsamen Arbeit am Wiener U-Bahnnetz. (Forts.) gabtap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: U-Bahn-Bericht

=++++

36 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort dankte StR. Ing. HOFMANN zunächst allen am Bau des Grundnetzes der U-Bahn-Beteiligten. Sie alle haben, so Hofmann, wesentlich zu diesem gemeinsamen Werk beigetragen.

Bezüglich der U 3 bekannte sich Hofmann zur Trasse unter der Mariahilfer Straße. Eine frühere Entscheidung zugunsten dieser Trasse hätte eine andere Rangordnung des Ausbaues der U 3 ergeben können, meinte Hofmann zusätzlich. Hofmann bekräftigte die Absicht, in allen Stationen der U 3 einen Lift einzubauen, um diese so behindertenfreundlich wie möglich zu gestalten.

Zur Frage der Linientaxis sagte Hofmann, daß dieses Verkehrssystem diskutiert werde, Versuche im Ausland jedoch keinen Erfolg gebracht hätten. Ebenso sei das "Park and Ridesystem" nicht überall erfolgreich. Er freue sich jedoch über die gute Auslastung des Parkplatzes in Kagran. Der Parkplatz bei der UNO-City verzeichne bis jetzt nur einen geringen Auslastungsgrad.

Zum Bau der U 3 im dritten Bezirk sagte Hofmann, daß das Durchziehen der ersten Bauetappe bis zur Kundmangasse eine kürzere \*auzeit für die Landstraßer Hauptstraße bringe. Hofmann bekannte sich auch zur offenen Bauweise, da dadurch das Baugeschehen in kürzeren Zeitabschnitten bewältigt werden könne und eine gleichmäßigere Verteilung der Belastung durch den U-Bahnbau erreicht werde. Zur Frage der vorgeschlagenen Verlängerungen der U 1 und der U 4 sagte Hofmann, daß diese mittelfristig in Erwägung zu ziehen seien. Priorität haben jedoch die U 3 und die U 6.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde die Zuweisung aller im Verlauf der Debatte eingebrachten Anträge an die zuständigen Ausschüsse einstimmig beschlossen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Wasserrohrlegung Breitenlee

=++++

37 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) beantragte 10 Millionen S für eine 2.700 Meter lange Wasserleitung in Breitenlee, durch die 450 Bewohner versorgt werden sollen.

GR. DALLER (ÖVP) kritisierte die Wasserversorgung des 21. und 22. Bezirkes und vertrat die Ansicht, das Wasserversorgungsgesetz in der geltenden Fassung verhindere einen Anschluß. GR. Daller brachte den ANTRAG ein, jene Siedlungsgebiete des 21. und 22. Bezirkes, die noch nicht an das öffentliche Trinkwasser- und Kanalnetz angeschlossen sind, möglichst rasch aufzuschließen. Dazu solle ein detailliertes Ausbau- und Investitionskonzept mit einem genauen Zeitplan erstellt werden, der einen zügigen Ausbau vorsieht. Die Anschlußkosten der Trinkwasser-Hauptleitungen sollen dabei von der Gemeinde Wien getragen werden. Da auch die Gefahr einer Verseuchung des Grundwasserwerkes Lobau bestehe, sei ein öffentliches Interesse an der Ver- und Entsorgung in den entsprechenden Gebieten gegeben. Das begründe die Pflicht zur Kostenübernahme durch die Stadt Wien. Für einkommensschwächere Personen solle eine neue Kreditaktion geschaffen werden, die je nach finanzieller Lage bis zur gänzlichen Zinsenübernahme gehen soll. Weiter verlangte Daller laufende Kontrolle der Grundwassergüte durch die Gemeinde Wien und Überprüfung, ob Abwässer unerlaubt in den Boden versickern, weiter Überprüfung der Deponie Rautenweg und anderer Deponien im Hinblick auf eine mögliche Grundwassergefährdung, Untersuchung der Grundwasserströme hinsichtlich einer möglichen Gefährdung des Grundwasserwerkes Lobau und schließlich Untersuchung einer möglichen Grundwassergefährdung durch Relikte aus dem 2. Weltkrieg.

Daller kritisierte weiter, daß die Betroffenen in mehreren Siedlungsgebieten bis heute noch nichts über die Höhe der zu erwartenden Kosten erfahren haben. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Wasserrohrlegung Breitenlee

38 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA wies darauf hin, daß bereits unter StR. Nittel ein Aufschließungskonzept begonnen und seither fortgesetzt wurde. Er erinnerte daran, daß bisher häufig Siedler die Möglichkeit zum Anschluß nicht wahrgenommen haben. Die Stadtverwaltung hat sofort, nachdem Mißstände festgestellt wurden, mitgeholfen, die Versorgung zu sichern. Erst seit vier Jahren besteht die Möglichkeit, derartige Verunreinigungen durch Tri- oder Perchloräthylen festzustellen. Noch heute soll der Landtag eine Änderung des Wasserversorgungsgesetzes beschließen, das mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Anschlußkosten gewährleistet. Warum diese Gesetzesänderung erst jetzt durchgeführt wird, begründete Veleta damit, daß 1978 die Abwassergebühr eingeführt wurde. Man habe durch das Zuwarten mit den neuen Gesetz zusätzliche Belastungen verhindern wollen. Die von GR. Daller verlangte Bekanntgabe der ungefähren Anschlußkosten sei deshalb nicht möglich, weil die Länge der Zuleitung unterschiedlich ist. Die Stadt Wien führt derzeit die Rohrlegungen durch, die Anschlußkosten sollen bereits auf Grund des neuen Gesetzes berechnet werden. Die Frage des Kanalanschlusses im 22. Bezirk ist nicht nur eine Frage der Kosten, sondern auch von technischen Voraussetzungen abhängig: es mußte nämlich erst die Fertigstellung des Linken Donausammelkanals im Rahmen des Projektes WABAS 80 abgewartet werden. Nun erst kann das Ausbaukonzept realisiert werden. Wenn man von Versäumnissen der Stadtverwaltung bei der Wasserversorgung spricht, wendet man sich damit gegen jene, die bemüht sind, die Aufschließung durchzuführen und nicht an die Adresse jener, die für die Verunreinigung verantwortlich sind. Die Deponie am Rautenweg wird ständig kontrolliert. Die Verunreinigung des Grundwasserstromes wurde oberhalb der Deponie festgestellt. (Forts.) and/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Wasserrohrlegung Breitenlee

=++++

39 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) GR DALLER verlangte in einer zweiten Wortmeldung Aufklärung darüber, wann die Siedlungen Wulzendorf, Biberhaufen und andere angeschlossen werden. Er kritisierte, daß zuwenig Mittel für Wasserbauprojekte vorgesehen sind.

GR Eder sagte in seinem Schlußwort, daß der vorliegende Antrag auf das Ansuchen von 134 Bewohnern dieses Gebietes zurück geht. Der Kostenanteil wird erst nach Beschlußfassung des Wasserversorgungsgesetzes festgelegt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Beschlußantrag einstimmig zugewiesen. (Forts.) and/sim

NNNN



Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Kaufpreisstundung

=++++

40 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPö) beantragte die Stundung des Kaufpreises für eine Liegenschaft an der Triester Straße, die dem ARBö verkauft worden war.

StR. Dr Günther GOLLER (öVP) kritisierte, daß durch die Inaktivität von StR. VELETA (SPö) der Stadt Wien großer Schaden erwachse. Das Grundstück wurde im April 1980 vom ARBö gekauft. Der Kaufpreis von 2,5 Millionen Schilling wäre am 3. April 1980 fällig gewesen. Es wurde jedoch um Stundung ersucht, und die zuständige Liegenschaftsabteilung urgierte bei StR .Veleta immer wieder eine Weisung. STR Veleta hatte jedoch erst am 31. März 1982 reagiert, so daß nun dem ARBö ein Vorteil erwachsen ist, weil die Genehmigung der Stundung immer weiter hinausgezögert wurde. Auf dem noch nicht bezahlten Grundstück baute der ARBö in der Zwischenzeit. Er erhielt eine Baubewilligung und über den Fremdenverkehrsverband, der dort als Mieter eingezogen ist, einen Baukostenzuschuß.

GR. MRKVICKA (SPö) bestritt, daß der Stadt Wien ein Schaden erwachse. Das gemeinsame Projekt des ARBö mit dem Fremdenverkehrsverband komme tausenden Autofahrern und den Gästen aus dem In- und Ausland zugute. Man habe jahrelang geplant, eine Informationsstelle Süd zu schaffen, ehe dieses Projekt auf der Triester Straße verwirklicht werden konnte. Die Stundung wird mit zwei Prozent über der Bankrate verzinst.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) ba/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Aktion "Einkauf in Wien"

=++++

41 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte den ANTRAG, die Geschäftsstraßenförderungsaktion aufzulassen und an ihrer Stelle die gemeinsame Aktion der Stadt Wien und der Wiener Handelskammer "Einkauf in Wien" ins Leben zu rufen.

Es sei ein Anliegen der ÖVP, Impulse zur Stadterneuerung zu setzen, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Dazu gehören auch Impulse für die Wirtschaft und die Förderung der Nahversorgung. Wir hoffen, sagte WÖBER, daß von dieser Aktion solche positiven Impulse ausgehen.

GR. KNEIDINGER bezeichnete es in seinem Schlußwort als Ziel der Aktion, die Wiener Wirtschaft im Wettbewerb um die Kaufkraft zu stärken. Die SPÖ begrüße dieses Anliegen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

42 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) stellte den Antrag, die Magistratsabteilung 30 (Kanalisation) ab 1. Jänner 1983 als Betrieb zu führen.

Die MA 30 erfülle zwar laut Stadtverfassung die Voraussetzungen, als Betrieb geführt zu werden, sei aber derzeit nicht funktionstüchtig, erklärte GR. HIRNSCHALL (FPÖ). In den Entsorgungsbetrieben Simmering herrschten noch immer chaotische Umstände. Der Grund dafür sei, daß, wie so oft, die Wahrheit nur in kleinen Dosen zugegeben wurde und keine Konsequenzen gezogen wurden. Deshalb sei auch noch kein Ende der Misere in Sicht.

StR. VELETA habe zugegeben, daß bis jetzt pro Tag sieben Tonnen Feststoffe, das entspricht 20 Tonnen Frischschlamm, in den Donaukanal geleitet würden. Das seien laut Veleta nur 5 Prozent der Gesamtmenge. Leider sei nicht anzunehmen, daß tatsächlich 95 Prozent des Klärschlammes verbrannt werde, da die EBS das gar nicht bewältigen könne, stellte Hirnschall fest. Die Verbrennung werde auch nicht wie vorgesehen mit Altöl durchgeführt, sondern man verwende dazu pro Tag 25.000 bis 30.000 Liter schweres Heizöl.

Zur rascheren Aufklärung der Situation forderte Hirnschall in einem BESCHLUSZANTRAG, das Kontrollamt mit einer Prüfung der Hauptkläranlage und der EBS zu beauftragen, bei der festzustellen wäre, welche Mengen an Klärschlamm im September 1982 angefallen sind, wieviel davon der EBS zugeleitet, von ihr tatsächlich verarbeitet wurde und was mit der Restmenge geschehen ist, die in die Hauptkläranlage rückgeleitet werden mußte.

In einem weiteren BESCHLUSZANTRAG forderte Hirnschall, das Institut für Limnologie der österreichischen Akademie der Wissenschaften umgehend mit der Erstellung eines Gutachtens über die Qualität der in der Hauptkläranlage Wien geklärten Abwässer zu betrauen. (Forts.) roh/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: EBS-Debatte

43 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) sagte, die Bereiche Wasser, Abwasser und Müllbeseitigung seien in letzter Zeit in Wien zu bedeutenden Problemen geworden. Trotz der Dementis von StR. Veleta sei es als Faktum anzusehen, daß sowohl die Kläranlage wie auch die EBS nicht funktionstüchtig seien. StR. Veleta sei offensichtlich nicht in der Lage, diese vielfältigen Aufgaben im Rahmen seines Ressorts ordnungsgemäß und zufriedenstellend zu lösen. Nachdem StR. Schieder (SPÖ) sich ohnedies als "Umweltstadtrat" bezeichnen lasse, so sei es nur logisch, daß er auch die Verantwortung für diese für die Umwelt so wesentlichen Bereich übernehme.

Krasser stellte daher einen BESCHLUSSANTRAG, ein umfangreiches Umweltressort zu schaffen und in dieses die Magistratsabteilung 30 - Kanalisation (und damit Hauptkläranlage und EBS), die Magistratsabteilung 31 - Wasserwerke und die Magistratsabteilung 48 - Stadtreinigung und Fuhrpark (und damit die Verhandlungen mit der Rinter AG) in die Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit einzugliedern. Der Presse- und Informationsdienst soll dem Antrag entsprechend in die Geschäftsgruppe Kultur und Bürgerdienst einbezogen werden, die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte an der Wiener Holding wieder der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik übertragen werden.

In einem zweiten ANTRAG forderte Krasser, Bürgermeister GRATZ möge das Kontrollamt veranlassen, den Bericht über die EBS, der Gegenstand von Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft Wien ist, den Mitgliedern des Kontrollausschusses zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. In der Folge soll umgehend eine Sitzung des Kontrollausschusses zur Beratung darüber einberufen werden. Den Antrag, die Magistratsabteilung 30 als Betrieb zu führen, befürwortete Krasser, er fügte jedoch hinzu, daß dadurch sicher nicht alle Probleme auf diesem Sektor gelöst würden. (Forts) gab/fe

NNNN

23. September 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2734

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

44 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ schlug der öVP vor, wenn man schon Mitarbeiter gefunden habe, die wirklich engagiert seien, diese doch in den zuständigen Ausschüssen zu überprüfen. Man solle überlegen, engagierte Mitarbeiter eben in diesen Ausschüssen und nicht vor dem Presserichter zu überprüfen und es müsse ein Klima geschaffen werden, in dem jeder von ihnen sicher sein könne, daß man ihm wenigstens ebensoviel glaubt wie einem entlassenen Firmendirektor. Nach öVP-Taktik könne man sich ausrechnen, daß jeder der Stadträte einmal dran komme. Erst wäre es der Nekula gewesen, dann der Mayr und jetzt eben der Veleta und die anderen würden sich darüber freuen, daß sie gerade nicht drankommen. Gerade das sei aber nicht der Fall, "die SPö-Stadträte halten alle sehr fest zusammenn und arbeiten gemeinsam." (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

45 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA wies darauf hin, er habe nie verleugnet oder nicht dargestellt, daß es Probleme gab: Er hat immer wieder im Gemeinderat und dem zuständigen Ausschuß berichtet. Die Planung der Kläranlage liegt viele Jahre zurück und wurde mit der notwendigen Sorgfalt durchgeführt. Die Planung entspricht dem damaligen letzten Stand der technischen Wissenschaft. Veleta erinnerte daran, daß verschiedene Lösungen zur Schlammabeseitigung diskutiert wurden. Der Gemeinderat hat die Frischschlammverbrennung beschlossen, und dies führte zur Gründung der EBS in unmittelbarer Nähe der Kläranlage. Veleta erläuterte sodann die vertraglichen Vereinbarungen über die Klärschlammübernahme durch die EBS und deren Zusammensetzung. Auseinandersetzungen über die Schlammzusammensetzung führten dazu, daß die MA 30 (Kanalisation) mit der gemeinsamen Führung beauftragt wurde. Die Richtigkeit dieser Entscheidung wird durch das Kontrollamt bewiesen: Durch die einheitliche Betriebsführung seien sicherlich günstigere Voraussetzungen geschaffen worden, die Klärung entspreche den Vorschriften. Der Stadtrat stellte richtig, daß nicht die Kläranlage drei Milliarden Schilling kostet, sondern das gesamte Abwasserbeseitigungsprojekt WABAS 80.

Bei den EBS funktioniert ein entscheidender Teil - die Mahltrockner - nicht. Daher muß derzeit gelegentlich noch Schlamm in den Donaukanal abgeleitet werden. Er sei selbstverständlich damit einverstanden, daß das Kontrollamt die Werte überprüft, sagte Veleta weiter, doch stehe er nicht an, die Septemberwerte bereits jetzt bekannt zugeben: Von Hauptkläranlage und EBS wurden 52.700 Kubikmeter Schlamm verarbeitet und 2.200 Kubikmeter ausgeleitet. 95 Prozent wurden also gereinigt. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

46 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Der Donaukanal führt 17 Millionen Kubikmeter Wasser pro Tag, sagte VELETA weiter. In den Donaukanal werden 400.000 Kubikmeter gereinigtes Abwasser eingeleitet, darunter befinden sich auch 130 Kubikmeter Schlamm.

Im Zusammenhang mit einer in einer Zeitung dargestellten unterschiedlichen Schilderung der Einleitung von Klärschlamm in den Donaukanal stellte Veleta unter anderem fest: Nur innerhalb der ersten 100 Meter ist der Ablauf der Kläranlage ungestört, dann fließt das gereinigte Abwasser über eine Turbine, die auf einen bestimmten Durchsatz ausgelegt ist, und stürzt dann in einen tiefer liegenden Kanal, der im Einstaubereich des Donaukanals liegt. Wenn die berechnete Durchsatzmenge der Turbine nicht erreicht wird - bei geringem Zufluß zur Kläranlage - schaltet sich die Turbine ab. Daraufhin entsteht im Kanal ein Sog, der dazu führt, das Donaukanalwasser in den Kanal eindringt, dort stehen bleibt und Ablagerungen verursacht. Sobald wieder Wasser die Turbine passiert, entsteht ein Wasserschwall, der abgesetzte Sedimente ausschwenkt. Die Probe, die von GR. DDr. STRUNZ gezogen worden war, stammt aus dem zum Donaukanal führenden Kanal. Unmittelbar vorher war der Wasserausfluß aus der Kläranlage gestoppt und dann für knapp eine halbe Minute geöffnet worden. Daher enthielt die Probe praktisch nur Donaukanalwasser, verschlechtert durch die aufgewirbelten, abgesetzten Stoffe.

Es gebe offensichtlich eine Kampagne, um den Eindruck zu erwecken, daß die Einrichtung nicht funktioniert, auch wenn Gutachten das ordnungsgemäße Funktionieren bestätigen, sagte Veleta. Mit der Beschlußfassung über den Antrag werde die MA 30 die Möglichkeit haben, Probleme rasch und unbürokratisch zu lösen.

In Zusammenhang mit einer Explosion in einer Sondermülldeponie in Oberösterreich wurde in den Medien immer von einem Unfall gesprochen, nirgends von "Skandal". Veleta fragte, was gewesen wäre, wenn der gleiche Vorfall bei den EBS passiert wäre? (Forts.) and/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

48      Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) erinnerte an eine Reihe von "Skandalen", angefangen vom Einsturz der Reichsbrücke über das verrostete Gasrohrnetz bis zum Rinter-Projekt und der Kläranlage. Die ÖVP sei nicht gegen StR. VELETA, sondern dagegen, daß er die Dinge immer wieder bagatellisiert und behauptet, es sei alles in Ordnung. Hahn fragte, warum man nicht gleichzeitig mit der Kläranlage auch die EBS eröffnet habe. Die ÖVP habe immer wieder Berichte verlangt, aber geschehen ist nichts. Auch das Kontrollamt stellt immer wieder gravierende Mißstände fest, ohne daß ein Reaktion erfolgt. Für die Mißstände wird dann der Steuerzahler zur Kassa gebeten. (Forts.) ba/sim

NNNN



Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

49 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Noch immer sei die Kläranlage ein Saustall, behauptete GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) erneut. Selbst der Donaukanal war nie so schmutzig wie die Proben, die er aus dem geklärten Wasser gezogen habe. Die Probleme rund um die EBS und Hauptkläranlage haben durch die kürzliche Entlassung von EBS-Geschäftsführer Ing. HÜBL einen neuen Aspekt erhalten, der die sachliche Lösung der Wiener Entsorgungsbetriebe noch erschwert. Um möglichst bald eine sachlich einwandfreie Beurteilung der Fehler zu erhalten, wäre eine Überprüfung der gesamten Anlage durch eine Kommission von unabhängigen Fachleuten dringend notwendig. GR. DDr. STRUNZ stellte daher den ANTRAG zur Einsetzung einer unabhängigen Kommission. Aufgrund der Ergebnisse der Kommission sollen Sanierungsvarianten einschließlich genauer Zeit- und Kostenpläne ausgearbeitet werden. Diese Sanierungsvarianten sollen dem zuständigen Gemeinderatsausschuß und dem Gemeinderat vorgelegt werden. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

50 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) Die Überführung der Magistratsabteilung 30 in einen Betrieb darf nicht die einzige Maßnahme bleiben, sagte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Nach monatelangen anderslautenden Informationen gab StR. VELETA zu, daß tausende Tonnen hochgiftige Substanzen in den Donaukanal geleitet wurden und werden. Die EBS funktionieren nach wie vor zum großen Teil nicht. Was mit der Deponie Schwechat geschieht, ist nach wie vor ungeklärt. Die Bevölkerung müßte mehr über das Müllproblem und vor allem über Sondermüll informiert werden. Es ist eine Zumutung für den Steuerzahler, daß Millionen für die Sanierung von neuerrichteten Anlagen aufgewendet werden müssen. Wann werden die Hauptkläranlage und die EBS endlich funktionieren?

GR. EDER (SPÖ) kritisierte in seinem Schlußwort, daß es müßig sei, immer wieder mit längst überholten Daten und Gutachten zu operieren. Die Hauptkläranlage erfüllt ihre Aufgabe weit über das wasserrechtlich vorgeschriebene Ausmaß hinaus. Die Wasserqualität der Donau wurde wesentlich verbessert. Auch die Ergebnisse der EBS haben sich seit der Übernahme durch die Magistratsabteilung 30 bereits wesentlich gebessert.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der FPÖ, den Verbleib des Klärschlammes der Hauptkläranlage durch das Kontrollamt zu überprüfen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP auf Änderung der Geschäftseinteilung und Schaffung eines umfassenden Umweltressorts wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die Anträge der FPÖ auf Überprüfung der Qualität der von der Hauptkläranlage geklärten Abwässer durch das Institut für Limnologie der Akademie der Wissenschaften sowie die Anträge der ÖVP auf Einsichtnahme in den Kontrollamtsbericht über die EBS und auf Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung von EBS und Hauptkläranlage wurden einstimmig zugewiesen. (Forts.) ger/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Subvention Amerlinghaus

=++++

52 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) stellte die Anträge, dem Verein "Kulturzentrum Spittelberg" zur Durchführung seines Projektes zur verstärkten Betreuung älterer Menschen einen Förderungsbeitrag in der Höhe von 300.000 S sowie dem Verein "Forum Wien Arena" zur Weiterführung der 1981 begonnenen baulichen Sanierungsarbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Inlandschlachthofes St. Marx ebenfalls einen Förderungsbeitrag von 300.000 S zu gewähren.

Das "Kulturzentrum Spittelberg", besser bekannt als "Amerlinghaus" habe für dieses Projekt bereits Subventionen von mehr als 2 Millionen erhalten, stellte GR. PROCHASKA (ÖVP) fest. Laut Kontrollamtsberichten finde das "Amerlinghaus" nur eingeschränkte Anerkennung. Aufgabenbereich und Funktion des Vorstandes seien aufklärungsbedürftig. In dem dubiosen Subventionsantrag stehe nicht, auf welche Art das Geld verwendet werden solle. Es gebe keinerlei konkrete Projektplanung. Wahrscheinlich habe man das Jahr der Senioren nur vorgeschoben, um eine Zusatzsubvention für den Normalbetrieb zu erlangen. Entweder habe sich GR. Hanke vom "Amerlinghaus" hinters Licht führen lassen, oder bewußt ein Täuschungsmanöweur mitgemacht, um eine verdeckte Zusatzsubvention geben zu können.

In seinem Schlußwort erklärte GR. Hanke die Opposition wolle jedes Engagement junger Menschen verhindern. Sie sollte sich einmal selbst vom Idealismus der jungen Leute vom "Amerlingshaus" überzeugen und nicht nur in den Akten lesen und Gerüchte verbreiten. Gerade im Jahr der Senioren sollte man für solche Aktionen Verständnis haben.

ABSTIMMUNG: Der erste Punkt des Antrages ("Kulturzentrum Spittelberg") wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ, der zweite Punkt ("Forum Wien Arena") einstimmig angenommen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

53 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPö) stellte den Antrag, den Magistrat zu ermächtigen, in den Jahren 1982 bis 1984 in Fortsetzung des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien die Errichtung einer Reihe von Wohnhausbauten einzuleiten. HATZL betonte, daß die 56 Anlagen mit rund 1.600 bis 1.800 Wohnungen - das sind zirka 30 Wohnungen pro Anlage - einen wesentlichen Beitrag zur Stadterneuerung bedeuten. Damit wird ein Weg fortgesetzt, der auch 1982 mit der Errichtung von 23 Gemeindebauten in Stadterneuerungsbereichen gegangen wurde. HATZL betonte schließlich noch, daß in der Zweiten Republik mit rund 140.000 Gemeindewohnungen bereits doppelt so viele wie in der Ersten Republik übergeben wurden.

GR. KUCHAR (FPö) betonte, daß mit den Stadterneuerungsprojekten einer alten Forderung der FPö nachgekommen werde. In einzelnen Fällen werde es allerdings zu prüfen sein, ob die Revitalisierung noch bestehender alter Häuser nicht einem Neubau vorzuziehen sei.

Anschließend nahm KUCHAR zur Vergabe der Gemeindewohnungen Stellung und wies auf die seit Jahren gestellte Forderung der FPö nach einer diesbezüglichen Objektivierung hin. Diese werde von der SPö verweigert, obwohl es keine logischen Argumente für diese Weigerung gebe. So entstehe in der Wiener Bevölkerung der Verdacht, die SPö versuche über die Wohnungsvergabe Einfluß auf die Bürger zu nehmen. Es müsse auch im Interesse der SPö liegen, diesen Verdacht zu entkräften. In diesem Sinn stellte KUCHAR den ANTRAG, der zuständige Gemeinderatsausschuß möge mit der Erarbeitung von Richtlinien zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen beginnen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

54 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. PETRIK (ÖVP) nahm Bezug auf den Antrag, den GR KUCHAR eingebracht hatte und begrüßte die Übereinstimmung mit den Intentionen der ÖVP. Die ÖVP-Fraktion habe ein Rechtsgutachten eingeholt, wonach es möglich wäre, unter gewissen Voraussetzungen ein Bürgerkomitee für die Vergabe von Gemeindewohnungen einzusetzen. Dieses sollte unabhängig von der Politik sein und damit unabhängig von Interventionen und frei für eine objektive Beurteilung. In Graz gebe es bereits ein entsprechendes Punktesystem.

PETRIK befaßte sich dann mit den 56 Wohnhausprojekten, die im Rahmen des Wohnbauprogramms errichtet werden sollen. Als eines der Projekte, dem die ÖVP nicht zustimmen könne, nannte Petrik das Haus Gebrüder-Lang-Gasse 16 und er vertrat die Ansicht, man könne dieses Haus wirtschaftlicher instandsetzen als abzurechen und durch einen Neubau zu ersetzen. Er verlangte die Schaffung eines Hausqualitätskatasters, um die Entscheidung zu erleichtern, wo die Renovierung günstiger als ein Neubau wäre. Im Rahmen der Planung der Fortführung des Wohnbauprogrammes hätte man sich damit auseinandersetzen müssen. "Ich will StR. HATZL die Bemühungen um die Stadterneuerung nicht absprechen, aber man muß sich den Kopf zerbrechen, ob man ein neues Gemeindehaus errichten soll oder in welchem Umfang ein Althaus zu restaurieren oder zu revitalisieren ist", sagte Petrik. (Forts.) and/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

55       Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Wenn die ÖVP gegen sieben Projekte des neuen Wohnbauprogrammes der Stadt Wien stimmt, so stimmt sie gleichzeitig gegen 700 bis 1.000 Menschen, die dringend eine Wohnung benötigen, stellte GR. LUSTIG (SPÖ) fest. Über den Abbruch der Projekte wurde gründlich beraten. Man hat sie nicht leichtfertig auf die Liste gesetzt. Eine Expertenkommission stellte die Unwirtschaftlichkeit der Revitalisierung fest. Der Abbruch der Projekte wurde zum Überwiegenden Teil einstimmig im Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung beschlossen. Nun hat es sich die ÖVP - vielleicht aus parteitaktischen Gründen - anders überlegt. Oppositionsstimmen gegen den sozialen Wohnbau gibt es schon seit 60 Jahren. Allerdings gibt es einen Meinungsumschwung, weil zum Beispiel Vizebürgermeister BUSEK heute die Wohnbautätigkeit der Zwanzigerjahre hoch schätzt. Vielleicht wird in 50 Jahren die heutige Tätigkeit der Sozialisten auf dem Wohnbausektor von der ÖVP ebenfalls gewürdigt.

An jeden Mandatar werden immer wieder Bitten wegen der Wohnungsvergabe herangetragen, doch "ich wäre ein schlechter Sozialist, wenn ich denjenigen helfe, der ein Parteibuch hat, und nicht dem, der der Hilfe bedarf", sagte GR. LUSTIG. Der SPÖ-Gemeinderat erinnerte daran, daß das Wohnungsanforderungsgesetz, bei dem es ein Punktesystem gab, von der ÖVP aufgelassen wurde. Es gibt konkrete Vormerkbestimmungen, die in letzter Zeit zum Beispiel für schwangere Frauen und für junge Leute gelockert wurden. Es ist eine unfaire Unterstellung, wenn man behauptet, daß die Beamten nicht sachlich vorgehen. Bei der Wohnungsvergabe soll der Datenschutz ignoriert werden, bei der Offenlegung von Parteispenden verschanzt sich die ÖVP hinter dem Datenschutz. (Forts.) ba/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

57 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Im 4. Bezirk wurde die Politik verfolgt, durch Bebauung der Scalagründe die Mehrheitsverhältnisse zu ändern, sagte StR. NEUSSER (ÖVP). Damals galt in der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft "Familie" auch ein Vorstandsbeschluß, daß nur SPÖ-Mitglieder eine Wohnung bekommen können.

In der Gumpendorfer Straße 40-44 ist die ÖVP nicht gegen einen Wohnbau, sondern gegen den Grundankauf von der Firma Mischek. In der Tigergasse 22 befindet sich das zum Abbruch vorgesehene Haus in tadellosem Zustand, deshalb sollte man abwarten. In der Corneliusgasse 1 sind die Mieter einstimmig für eine Absiedlung. Die ÖVP werde diesem Punkt daher - entgegen der Ankündigung des von ihm nicht rechtzeitig informierten GR Dr. PETRIK - zustimmen.

In einer zweiten Wortmeldung erklärte GR Dr. PETRIK, daß es junge Familien gibt, die sehr rasch eine Wohnung bekommen, während andere jahrelang unter schlechtesten Bedingungen darauf warten müssen. Dies geschehe ausschließlich auf Grund der Zugehörigkeit ersterer zur SPÖ.

Die wenigsten Menschen kennen die genauen Bedingungen, unter denen Gemeindewohnungen vergeben werden. Warum werden diese Richtlinien nicht in Broschüren veröffentlicht? Man muß etwas unternehmen, damit die Menschen tatsächlich wissen, unter welchen Voraussetzungen sie eine Wohnung erhalten können und das Gefühl haben, daß die Vergabe nach objektiven Kriterien erfolgt. Wir sind nicht gegen den sozialen Wohnbau, wohl aber gegen einen sozialistischen, schloß Dr. Petrik. (Forts.) ger/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Wohnbauprogramm

=++++

58 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL nahm in seinem Schlußwort zunächst zur Wohnungsvergabe Stellung. Dabei wies Hatzl darauf hin, daß die immer wieder geforderte Transparenz der Richtlinien durch publizistische Arbeit ohnedies gegeben sei. Jeder, der wolle, könne sich überdies die Richtlinien beschaffen. Die von der Opposition geforderte Schaffung von Kommissionen wäre, so Hatzl, keine Objektivierung, sondern eine Politisierung der Wohnungsvergabe. Im Übrigen finde er es eigenartig, daß den Beamten der Magistratsabteilung 50, denen die Wohnungsvergabe obliegt, mangelnde Objektivität unterstellt werde. Das geforderte Punktesystem würde es überdies erschweren, auf spezielle Wünsche der Wohnungswerber einzugehen. Daß es Wohnungsvergaben ohne Vormerkung gebe, habe verschiedene Ursachen. So etwa erfolgen Vergaben durch Zusammenlegungen, die einen größeren Wohnraum für Familien ermöglichen, ohne Vormerkschein. Eine Lösung des Problems, daß sich Menschen, die auf eine Wohnung warten müssen, benachteiligt fühlen, könne es erst mit dem Ende des Wohnungsproblems selbst geben. Die Vorschläge der Oppositionspartei bezüglich der Wohnungsvergabe seien vor allem als Spekulation auf das Wahlverhalten der Bevölkerung zu sehen.

Zur Frage der Revitalisierung städtischer Althäuser, sagte Hatzl, daß diese durchgeführt werde, wo es möglich, wirtschaftlich und sozial vertretbar sei. Auch in den nächsten Jahren, schloß Hatzl, werde der Wohnungsbau zu den wesentlichsten Aufgaben der Stadt Wien zählen.

ABSTIMMUNG: Auf Wunsch der ÖVP wurde getrennt abgestimmt. Dabei fand die von StR. Hatzl vorgelegte Liste von Wohnbauvorhaben bis auf sechs Objekte einstimmige Annahme. Die betreffenden sechs Objekte wurden mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. Der Beschlusantrag der FPÖ wurde einstimmig dem Ausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/sim



Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Wohnhausprojekt Radelmayergasse

=++++

59 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HÖFSTETTER (SPÖ) beantragte die Genehmigung der Kosten für die Errichtung einer Wohnhausanlage mit 177 Wohnungen an der Radelmayergasse.

GR. NEUMANN (ÖVP) erklärte, seine Fraktion stimme dem Antrag nicht zu, weil dies nachteilig für die Erhaltung der Umwelt und Lebensqualität sei: 47 Bäume müßten gefällt werden, obwohl es ursprünglich Varianten gab, die die Erhaltung der Bäume zugelassen hätten.

Neumann brachte einen Antrag ein, welche Maßnahmen zur Rettung der Wiener Alleebäume zu verwirklichen seien. Dazu gehören Salzstreuverbot dort, wo Bäume gefährdet sein könnten, Rauchgasreinigungsanlagen in den kalorischen Kraftwerken, schonender Baumschnitt u.a..

GR. HOLUB (SPÖ) erklärte, die ÖVP habe dem Projekt Radelmayergasse jahrelang zugestimmt. Erst zuletzt habe sie dagegen Einwände erhoben. Er wies darauf hin, daß auch die ÖVP verlangte, im Bezirk Wohnungen für die Döblinger zu errichten, jetzt aber das Projekt ablehnt. Ihm sei wichtiger, gute Wohnungen für die Menschen zu schaffen, als statt dessen ein paar Bäume zu erhalten. GR. Holub betonte, daß im Umkreis von 500 Metern 62 Bäume gepflanzt werden. Dies sei von Bedeutung für die Lebensqualität in diesem Stadterneuerungsgebiet.

Bezirksvorsteher TILLER (ÖVP) sagte, daß die Bäume erhalten werden könnten, wenn der Wohnbau in der Mitte des Geländes errichtet würde oder man höhere Gebäude errichtet würden. Er meinte der Verzicht auf die Widmung des Innenhofes bringe die Gefahr, daß entgegen den ursprünglichen Intentionen die Kinder aus der Nachbarschaft nicht in der Wohnhausanlage spielen können. (Forts.)  
and/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Wohnhausprojekt Radelmayergasse

=++++

60 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR HOLUB (SPÖ) wies die Vorwürfe von Bezirksvorsteher TILLER (ÖVP) zurück, daß Verbauungen im Grünland unter dem SPÖ-Bezirksvorsteher erfolgt wären. Die meisten Verbauungen sind erst in der Ära Tiller erfolgt. Die SPÖ wird auch weiterhin gegen Bausünden auftreten. GR. Holub wies auch auf die zahlreichen alten Höfe im Privatbesitz hin, die der Bezirksbevölkerung nicht zugänglich sind.

Beim Bauvorhaben Radelmayergasse gab es mehrere Entwürfe, stellte StR. HATZL (SPÖ) fest. Bei dem nunmehr vorliegenden Entwurf kann ein Maximum an Bäumen erhalten bleiben. Vokabeln wie "Baummörder und Saurier" wie sie die Opposition verwendet, sind nicht dazu angetan, ein gemeinsames Gesprächsklima zu fördern. In der Radelmayergasse regt sich die ÖVP wegen der Baumfällung auf. In der Mauerbachstraße im 14. Bezirk wurden vor nicht allzu langer Zeit ebenfalls 47 Baumfällungen und Umpflanzungen vorgenommen, weil die ÖVP-Genossenschaft "Wohnungseigentum" dort eine Wohnhausanlage errichtet hat. Darüber wird nicht gesprochen.

Ein unverständlicher Vorfall habe sich anlässlich der ÖVP-Aktion zur Rettung der Wiener Bäume im 17. Bezirk abgespielt, berichtet GR PETRIK (ÖVP). Der Bezirksvorsteher des 17. Bezirks hat in der Nacht die an den Bäumen affichierten Schleifen heruntergerissen und vor das ÖVP-Sekretariat geworfen. Dies sei ein unwürdiges Verhalten eines Bezirksvorstehers. Der SPÖ-Bezirksobmann, StR. VELETA (SPÖ) erklärte, daß die Schleifen demjenigen zurückgegeben wurden, der sie angebracht hat. Der Bezirksvorsteher des 17. Bezirks sei über diese ÖVP-Aktion nicht informiert gewesen. Die Aktion war auch nicht bewilligt. (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Wohnhausprojekt Radelmayergasse

=++++

61 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA habe kein Demokratieverständnis, kritisierte GR. FÜRST (ÖVP). Die Aktion zur Baumrettung hat zwei Aspekte: Für den politischen Aspekt habe der Bezirksvorsteher gesorgt, der die Schleifen entfernte. Zum demokratischen Aspekt müsse man feststellen, daß die ÖVP den SPÖ-Bezirksvorsteher nicht fragt, ob sie politische Aktionen durchführen darf. Die Polizei hat die Aktion zur Kenntnis genommen. Auch der Eigentümer, die Stadt Wien, war von dieser Aktion verständigt worden. Ein Beamter des Stadtgartenamtes hat die Kenntnisnahme dieser Aktion bestätigt. Niemand soll nun diesen Beamten angreifen, er stehe unter dem Schutz der ÖVP.

Bürgermeister GRATZ, stellte fest, daß die Beamten der Stadt Wien unter dem Schutz des Bürgermeisters stehen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (46)

Utl.: Wohnhausprojekt Radlmayergasse

=++++

62 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Er sei verwundert, sagte StR. SCHIEDER, daß er im Gemeinderat angegriffen wurde, während er gemeinsam mit Mandataren beider Parteien bei der Ehrung von Fußballmeister Rapid war. In der Radlmayergasse werden sehr wohl Maßnahmen für den Baumschutz getroffen. Umpflanzungen werden vorgenommen, um die Zahl der Baumfällungen so gering wie möglich zu halten. Für die Baumschleifen-Aktion der ÖVP lag keine Bewilligung des Stadtgartenamtes oder der Straßenverwaltung vor. Durch die Aktion erfolgte zwar keine Beschädigung von Bäumen, allerdings war sie vollkommen unnötig, da entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Bäume ohnehin getroffen werden. Gleichzeitig gab es allerdings Aktivitäten, bei denen Bäume mit Spraydosen bemalt beziehungsweise Plakate angenagelt wurden. Er sei selbstverständlich, betonte SCHIEDER, für das Demonstrationsrecht von Menschen, jedoch gegen Manschetten an Bäumen.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die entsprechende Flächenwidmung für die Radlmayergasse in der Bezirksvertretung und im Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde, wobei klar war, daß für den Bau einer Wohnhausanlage auch Bäume gefällt werden müssen. Auch bei der Bauverhandlung hat der Bezirksvorsteher zugestimmt. Nur jetzt ist die ÖVP plötzlich dagegen. HOFSTETTER sprach sich für die Schaffung einer modernen Wohnhausanlage unter weitestgehender Schonung des Baumbestandes aus.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen. Der Antrag der ÖVP betreffend Maßnahmen gegen das Bäumesterben wurde zugewiesen.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (47)

Utl.: Gersthofer Platzl

=++++

63 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) stellte den Antrag, für den Umbau der Schleife der Linie 9 am Gersthofer Platzl eine Sachkredit in der Höhe von 45 Millionen zu bewilligen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß heute in einer Sitzung der Währinger Bezirksvertretung eine andere Variante als die dem Gemeinderat vorliegende beschlossen worden sei. Er bat deshalb, den Akt von der Tagesordnung abzusetzen und eine Stellungnahme der Bezirksvertretung abzuwarten.

Die Bevölkerung sei gegen eine Verlängerung der Linie 9, stellte GR. TRAINDL (ÖVP) fest. Sie empfinde die Verlängerung als Prestigeprojekt der Rathausmehrheit. Die Währinger warteten 20 Jahre auf den Umbau des Gersthofer Platzls. Die jetzt vorgesehene Variante werde aber keine Lösung der chaotischen Verkehrsverhältnisse am Gersthofer Platzl bringen. Es handle sich um eine "Schnapsidee", eine zusätzliche Linie in der Gersthofer Straße zu führen statt den Verkehr zu entflechten. Die Bezirksvertretung habe die sogenannte "Nullvariante" beschlossen, die Verlegung der Linie 9 an den Straßenrand zu verlegen. Das sei die beste und einfachste Variante.

GR. BROSCHE (SPÖ) strich die Vorteile der vorgesehenen Varianten hervor: Für die Fußgänger käme es zu einer Erhöhung der Sicherheit durch zusätzliche Ampelanlagen und zu kürzeren Umsteigewegen. Der öffentliche Verkehr werde bevorzugt behandelt. Auch die Umweltbelastung sei durch die Straßenbahn geringer als durch den Individualverkehr. Brosch wunderte sich, daß bei einer Unterschriftenaktion 1.500 Unterschriften abgegeben wurden, obwohl es nur 100 Betroffene gibt.

In seinem Schlußwort erklärte GR. Hengelmüller, die Bezirksvertretung sei rechtzeitig durch die Tagesordnung des Gemeinderates informiert worden; der Bezirksvorsteher hätte hier selbst das Wort ergreifen können.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.  
(Forts.) roh/sim

Wiener Gemeinderat (48)

Utl.: Film über Wien

=++++

64 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) beantragte eine Förderung von 1,5 Millionen S für einen Film, der anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Wiener Rathauses und der 300. Wiederkehr der Befreiung von den Türken hergestellt wird. Der 45-Minuten-Film werde eine Selbstdarstellung der Stadt Wien sein.

GR Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, es erhebe sich bei einem 16 mm schmalen und 45 Minuten langen Film vor allem die Frage, wo dieser aufgeführt werden solle. In den Wiener Kinos werde es diesbezüglich jedenfalls gewisse Schwierigkeiten geben. Pawkowicz äußerte weiter in humoristischer Form gewisse Zweifel daran, ob der Film seinem Ziel gerecht würde, die Stadt Wien umfassend zu präsentieren. Abschließend machte Pawkowicz den Vorschlag, Kulturstadtrat ZILK möge Verhandlungen mit dem ORF aufnehmen, um so den Film weiteren Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen und auch eine finanzielle Unterstützung zu erhalten.

GR AIGNER sagte in seinem Schlußwort, es werde sicher zahlreiche Möglichkeiten über Vereine, Organisationen, Verbände und auch die Parteien geben, diesen Film vorzuführen. Das Drehbuch des Films unterscheide sich inzwischen in wesentlichen Punkten von der Fassung, die Pawkowicz gesehen habe. Im Übrigen werden bereits Gespräche mit dem ORF geführt, um den Film im Fernsehen zu zeigen. Über eine finanzielle Beteiligung des ORF werde Kulturstadtrat Zilk entsprechende Gespräche führen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (49)

Utl.: Besprechung Wasserbericht

=+++

65 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) begründete den Antrag auf Beratung der Mitteilung über das Wiener Wasser damit, daß in letzter Zeit in den Medien widersprüchliche Meldungen veröffentlicht wurden und zu einer Verunsicherung der Menschen geführt haben. Einwandfreies Wasser sei für das Leben der Menschen von entscheidender Bedeutung. Daher sei eine Klärung der aufgeworfenen Fragen notwendig.

ABSTIMMUNG über die Beratung der Mitteilung: einstimmig angenommen.

GR. KUCHAR (FPö) verwies darauf, welche anderen großen Projekte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gemeinsam mit dem Bau der I. Hochquellenleitung verwirklicht wurden. Heute sind jedoch noch zwei Prozent der Wiener Bevölkerung ohne Kanal- und Wasseranschluß. Das bedeute 27.000 Menschen ein großes Problem. Kuchar bezeichnete es als notwendig, Projekte, die als wichtig erkannt werden, auch gegen den Willen der Opposition durchzuführen. Beim Bau der I. Hochquellenleitung waren viele Abgeordnete gegen das Projekt, und Widerstände wurden auch in den Medien laut.

Als Kernpunkt der Kritik nannte Kuchar, daß anstehende Probleme nur schleppend erledigt werden. Man dürfe nicht heute den Bürgern große finanzielle Belastungen aufbürden, die sich ihr eigenes Heim gebaut haben, Senkgruben und Brunnen errichtet und nun - ohne eigenes Verschulden - ohne Wasserversorgung dastehen. Daher müssen nun diese Bürger die Hilfe der Stadt erhalten. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (50)

Utl.: Besprechung Wasserbericht

=++++

66 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wasserbericht von StR.VELETA sei zwar objektiv, aber alarmierend, stellte GR FÜRST (ÖVP) fest. Wien befinde sich inmitten einer Umweltkatastrophe. Die Verantwortung für die Lebensgrundlagen in dieser Stadt sollte endlich übernommen werden. Die Problemlösung scheitert oft an der Geldfrage. Da in Wien bis heute eine Vielzahl wichtiger Gemeindeprobleme, wie zum Beispiel die Stadterneuerung, die Versorgung mit sauberem Grundwasser und die Müllbeseitigung noch immer nicht gelöst sind, erscheint es nicht gerechtfertigt, ein unnötiges Konferenzzentrum zu bauen. Fürst stellte daher den ANTRAG, daß Bürgermeister GRATZ alle notwendigen Maßnahmen zum Verzicht der Beteiligung Wiens an dem Neubau des österreichischen Konferenzzentrums unternimmt. Die Mittel sollten statt dessen für die Stadterneuerung in Wien verwendet werden.  
(Forts.) ba/rb

NNNN



Wiener Gemeinderat (51)

Utl.: Besprechung Wasserbericht

=+++

67 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) Von seiten der Stadt wurden immer alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser sicherzustellen, sagte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ). Dies können die Wienerinnen und Wiener bestätigen. Svoboda wandte sich gegen die Unterstellung, daß aus den Wasserleitungen in Wien giftiges Wasser fließe. Das Wiener Wasser wird täglich geprüft. Wien ist auf dem Gebiet der Wasserkontrolle führend. Nur aufgrund dieser Kontrollen war es überhaupt möglich, die Grundwasserverseuchungen im 21. und 22. Bezirk festzustellen. Es wurden bereits Maßnahmen eingeleitet, um diese Gebiete an das öffentliche Wasserleitungsnetz anzuschließen. Svoboda wandte sich gegen Versuche, die Bevölkerung zu verunsichern, und warf der ÖVP in diesem Zusammenhang "Brunenvergiftung" vor.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Antrag betreffend den Verzicht auf den Bau des Konferenzzentrums wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Die öffentliche Sitzung des Wiener Gemeinderates war damit nach fast 14stündigen Beratungen beendet. (Es folgt eine Sitzung des Wiener Landtages und anschließend die nicht öffentliche Sitzung des Wiener Gemeinderates.) (Forts.) ger/sim

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

68 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag begann unter Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPÖ) mit einer Fragestunde. Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. ROSENBERGER (SPÖ), ob er bereit sei, das Amt der Landesregierung anzuweisen, mit den ÖBB in ehestmögliche Verhandlungen einzutreten, um den im Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Land Wien vereinbarten schnellbahnmäßigen Ausbau der Verbindungsbahnstrecke zwischen dem Bahnhof Meidling und der Hofwiesengasse rasch zu realisieren, antwortete Landeshauptmann Leopold GRATZ, daß die Verbindung Meidling - Hofwiesengasse nicht Gegenstand des erwähnten Vertrages sei. Ein Ausbau dieser Verbindungsstrecke sei aber vorgesehen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er abschätzen könne, wann es zu diesem Ausbau kommen würde, antwortete Gratz, er wolle keine Prognosen abgeben, da er die Entscheidungen des Vertragspartners nicht beeinflussen könne. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

69 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP), wann mit der Einführung einer Steuer auf Plastikflaschen und Aluminiumsdosen für Getränke in Wien zu rechnen sei, antwortete StR. MAYR (SPÖ), ein Entwurf dieses Gesetzes sei magistratsintern bereits fertiggestellt und stehe vor der externen Begutachtung. Er rechne mit einem Wirksamkeitsbeginn im Frühjahr 1983.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es bereits Vereinbarungen mit anderen Bundesländern gebe, antwortete Mayr, es gebe bisher keine Vereinbarung. Vor dem Begutachtungsverfahren wären auch keine zu erwarten. Bei der Landesfinanzreferentenkonferenz im Herbst werde er aber diesen Vorschlag zur Diskussion stellen. Die Beispielswirkung einer derartigen Maßnahme sei jedoch so groß, daß sich kein Bundesland ihrer auf Dauer wird entziehen können.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bei Minister Staribacher gegen eine Aluminiumdosenproduktion intervenieren werde, antwortete Mayr, sein Ziel sei, mit ökonomischen Methoden unerwünschte Produkte vom Markt fernzuhalten. Er sei gegen Verbote im Wirtschaftsleben. Der Finanzminister überprüfe bereits die Übernahme von Krediten bei der Produktion von Einweggebinden. Derzeit würden nicht einmal zehn Prozent der Getränke in Einweggebinden verkauft, der steuerliche Ertrag wäre daher vernachlässigbar. Abschließend sprach sich Mayr dafür aus, die Diskussion über die Besteuerung von Einweggebinden im Landtag fortzusetzen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

70 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die 3. ANFRAGE von LAbg. OUTOLNY (SPö), welche Vorleistungen der Stadt Wien für den Bau der U 3 und der U 6 im Sinne der Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und dem Land Wien vom Bund anerkannt werden, nannte StR. MAYR eine Reihe von Planungen und anderen Vorleistungen in der Höhe von insgesamt 1.270 Millionen S, die durch die Bundesregierung geprüft und anerkannt wurden. 50 Prozent, das sind 635 Millionen S werden entsprechend dem Vertrag vom Bund refundiert. Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob der Bund auch bereit ist, sich an der Station Michelbeuern zu beteiligen, sagte StR Mayr, daß dies der Fall ist. Auf die 2. ZUSATZFRAGE nach der Vorsorge des Bundes für die jährliche Baurate der U 3 und der U 6, sagte Mayr, daß die Finanzierung entweder direkt oder über Kredite, deren Lasten der Bund trägt, gesichert ist. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

71 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die 4. ANFRAGE von LAbg. KUCHAR (FPö), welche Konsequenzen er aus den Vorgängen beim Wohnbauträger "Neue Eigenheime" ziehen werde, um Wohnungswerber vor Schäden zu bewahren, sagte StR HATZL (SPö), er werde für die Zukunft Maßnahmen erwägen, die verhindern sollen, daß die im Voranschlag vorgesehenen Kosten eines Wohnbauprojektes wesentlich überschritten werden. Überdies sollen Maßnahmen gesetzt werden, die übertriebene Grundstückskäufe der Genossenschaften verhindern. Damit soll einer finanziellen Notlage der Genossenschaften vorgebeugt werden. Auf die 1. ZUSATZFRAGE, wieso die "Neue Heimat" trotz exorbitanter Preissteigerungen bei einzelnen Projekten weiterhin Förderungsmittel erhalten habe, sagte Hatzl, der Schaden für die Betroffenen wäre sonst noch größer geworden. Überdies liege das Problem so, daß die Überschreitungen erst in der Endabrechnung in voller Größe erkennbar seien. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob nun bereits alle Wohnungswerber der "Neuen Eigenheime" im Grundbuch eingetragen seien, sagte Hatzl, der Gesellschaft sei ein Termin für einen Bericht gestellt worden. Bis jetzt sei jedoch noch keine befriedigende Reaktion von Seiten der "Neuen Eigenheime" zu verzeichnen. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

72 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. HOLUB (SPÖ), welche Beträge 1982 im Bereich der Wohnbauförderung zugesichert wurden, antwortete StR.HATZL, daß Wohnbauförderungsmittel von insgesamt 1,88 Milliarden genehmigt wurden. Darin sind 79,8 Millionen für Verbesserungen größeren Umfangs enthalten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Wohnungen gefördert wurden, antwortete Hatzl, daß insgesamt 2.996 Wohnungen, 31 Lokale und 33 Ledigenräume sowie 151 Aufzüge errichtet bzw. 49 Wohnungen im Rahmen der großen Wohnungsförderung gefördert wurden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem Stand des Wohnbaues im Rahmen des Bundessonderwohnbaugesetzes antwortete StR. Hatzl, daß bisher für 969 Wohnungen Zuschüsse für eine Gesamtbaukostensumme von 741 Millionen genehmigt wurden. Damit stehen heuer insgesamt 2,5 Milliarden für die Wohnbauförderung zur Verfügung.

Auf die sechste Anfrage von LABg. HAHN (ÖVP) nach dem Stand der Wohnbauförderungssonderrücklage per 20. September 1982, antwortete StR. Hatzl: 1,362.275.743,14 Schilling. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er im letzten Vierteljahr 1982 noch alle 4.000 Wohnungen zur Förderung durch die Landesregierung vorbringen werde, antwortete StR. Hatzl mit "ja". Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er nicht glaube, daß es besser gewesen wäre, diese Wohnungen vorzeitig freizugeben, antwortete StR. Hatzl, daß dies nicht möglich gewesen wäre, weil das Programm im Jänner dieses Jahres festgelegt wurde. Zum Zeitpunkt, als die Baubewilligung von den Bauträgern vorgelegt wurde, erfolgte auch die Zusicherung. Die Entscheidung des heutigen Tages ermögliche den Bau von tausend Wohnungen in den nächsten Jahren - dies werde ebenfalls der Landesregierung zur Zusicherung vorgelegt. Was heuer nicht mehr begonnen werden kann, wird sicher im Frühjahr gebaut.  
(Forts.) and/sim

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

73 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die 7. ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), wann die neue Kinobetriebsstättenverordnung zur Beschlußfassung vorgelegt wird, antwortete StR Dr. ZILK, daß ursprünglich beabsichtigt war, die Verordnung nach der Fertigstellung dem neuen Kinogesetz anzupassen. Man will nun jedoch vorerst Erfahrungen sammeln, bevor die Änderung durchgeführt wird. Berücksichtigt müssen zum Beispiel Aufführungen in Bezirkszentren werden, die eine Anpassung an das Veranstaltungsstättengesetz notwendig machen. Die Verordnung wird nächstes Jahr in der Landesregierung behandelt, individuelle Anträge können aber auch jetzt problemlos erledigt werden. Auf die 1. ZUSATZFRAGE, ob man nicht alte, skurrile Bestimmungen revidieren könnte, antwortete Zilk, es sei günstiger, eine neue Verordnung zu schaffen, bei der wieder für längere Zeit keine Änderung notwendig ist. Skurrile Besonderheiten belasten den Betrieb kaum. Auf die 2. ZUSATZFRAGE, ob er bei dieser Revidierung auch die Vorführerverordnung überprüfen lassen werde, weil diese nicht mehr der Wirklichkeit entspricht, antwortete Zilk: "Selbstverständlich." (Forts.) and/rb

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

74 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), wann mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfes zum Schutz des Wienerwaldes zu rechnen sei, antwortete StR. NEKULA, daß der Entwurf Ende des Jahres bzw. Anfang des nächsten Jahres zur Beschlußfassung vorliegen würde. Seit 1905 ist der Landtag bestrebt, den Wald- und Wiesengürtel um Wien gesetzlich zu sichern und auszubauen. Das neue Gesetz zum Schutz des Wienerwaldes soll als Verfassungsgesetz Wirkung erlangen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob auch in Niederösterreich eine Unterschutzstellung des Wald- und Wiesengürtels erreicht werden kann, wies StR. NEKULA auf die gute Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich im Grünbereich hin.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nach den Maßnahmen zum Problem der arbeitslosen Jungärzte in Wien, antwortete StR. Univ. Prof. Dr. STACHER, daß 1976 auf seine Initiative in Wien bereits Förderposten für junge Ärzte geschaffen wurden. Gleichzeitig wurden auch eine Kreditaktion und Lehrpraxen eingeführt. Da die Zahl der wartenden Ärzte zugenommen hat, gibt es nun mehrfache Aktivitäten zur Lösung des Problems. STACHER regte an, auch in den Bundesländern den vierjährigen, statt den sechsjährigen Turnus einzuführen. Derzeit wird überprüft, ob ausgebildete Ärzte anstelle von Krankenschwestern eingestellt werden können. Dieser Versuch soll zunächst mit zehn Ärzten gestartet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob das Ärztegesetz novelliert werde, sagte StR. STACHER, daß von der Wiener Ärztekammer ein Entwurf zur Novellierung vorliege. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, nach den sonstigen Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Ärzte, erwiderte STACHER, daß man diese Frage derzeit nicht detailliert beantworten könne. Zunächst müsse der Modellversuch mit den zehn Ärzten abgewartet werden. (Forts.) ha/ap

NNNN



Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

75 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die 10. ANFRAGE von LAbg.LUSTIG (SPÖ), welche Möglichkeiten zur Einführung von Wohnstraßen bestehen, obwohl die gesetzlichen Bestimmungen erst mit der 10. Novelle zur Straßenverkehrsordnung festgelegt werden können, antwortete StR Ing. HOFMANN, daß in der kommenden Novelle ein eigener Paragraph und ein neues Verkehrszeichen für Wohnstraßen eingeführt werden. Auch auf Grund der derzeit bestehenden gesetzlichen Voraussetzungen sind verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung möglich. Die spezielle Form der Wohnstraße kann allerdings vorerst nur eingeschränkt verwirklicht werden. So ist zum Beispiel die Erlaubnis zum Spielen auf der Fahrbahn derzeit nicht möglich. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob heuer mit der Realisierung von Wohnstraßen zu rechnen sei, antwortete Hofmann, daß eine Reihe von Projekten in Vorbereitung und zum Teil schon in Verwirklichung sei. (Forts.)  
ger/rb

(ENDE DER FRAGESTUNDE)

NNNN

23. September 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2763

Wiener Landtag (9)

Utl.: Anträge

=++++

76 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Folgende Anträge lagen vor: von der SPÖ betreffend Änderung des Wasserversorgungsgesetzes, von der ÖVP betreffend Inanspruchnahme der Mittel der Altstadtmilliarde, von der ÖVP betreffend Einrichtung eines unabhängigen Umweltschutzanwaltes, von der ÖVP betreffend Schaffung landesgesetzlicher Voraussetzungen für die Einrichtung einer unabhängigen Bürgerkommission zur Überprüfung der Vergabe von Gemeindewohnungen. (Forts.) roh/ap

NNNN

23. September 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2764

Wiener Landtag (10)

Utl.: Volksanwaltschaftsgesetz

=++++

77 Wien, 23. 9. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA legte in erster Lesung ein Landesverfassungsgesetz vor, mit dem das Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978 über die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft für den Bereich der Wiener Landesverwaltung unbefristet in Geltung gesetzt wird. Das Volksanwaltschaftsgesetz, seinerzeit nur ein verfassungsmäßiges Provisorium, wurde mittlerweile unbefristet in die Bundesverfassung eingebaut und soll deshalb jetzt auch als unbefristetes Landesverfassungsgesetz in Geltung gesetzt werden.

Labg. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß seine Fraktion dem Gesetz ihre Zustimmung geben werde. Die Volksanwaltschaft habe sich auch als Rechtsschutzeinrichtung für die Wiener Bevölkerung voll bewährt. Allerdings sollten die Tätigkeitsberichte der Volksanwaltschaft auch im Plenum des Wiener Landtages diskutiert werden. Die Volksanwälte sollten Gelegenheit erhalten, hiezu Stellung zu nehmen. Hirnschall stellte daher den BESCHLUBANTRAG, eine entsprechende Novelle der Geschäftsordnung des Wiener Landtages auszuarbeiten.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde sowohl in erster als auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen, der Beschlußantrag wurde einstimmig dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zugewiesen. (Forts.) roh/sim

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Heilvorkommen- und Kurortegesetz

=++++

78 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) StR Univ.-Prof. Dr. STACHER beantragte formelle Änderungen des Heilvorkommen- und Kurortegesetzes.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zwtl.: Wiener Krankenanstaltengesetz

StR Univ.-Prof. Dr. STACHER beantragte eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Gemäß dieser Änderung sollen die Rechtsträger der Krankenanstalten verpflichtet sein, zur Erfassung ihres Vermögens genaue Inventare zu führen, jährliche Voranschläge und Dienstpostenpläne zu erstellen. Ferner sollen Pflegegebühren binnen sechs Wochen ab Rechnungslegung zur Zahlung fällig werden. Im Falle des Zahlungsverzuges sollen Verzugszinsen zu entrichten sein. Der gesamte Betriebsabgang einer öffentlichen Krankenanstalt ist je zur Hälfte vom Rechtsträger der Krankenanstalt und vom Bundesland Wien zu tragen.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung ohne Debatte einstimmig angenommen. (gab)

Zwtl.: Auslieferungsbegehren

LABg. GAWLIK (SPÖ) berichtete über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, den LABg. SALLABERGER wegen Verdachtes der üblen Nachrede zur strafrechtlichen Verfolgung auszuliefern.

ABSTIMMUNG: Dem Antrag auf Auslieferung wurde einstimmig nicht stattgegeben.

Die Sitzung des Landtages wurde Freitag um 0.05 Uhr geschlossen. Der Sitzungstag hatte insgesamt 15 Stunden gedauert. (Schluß) and/rb

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

Cafe Landtmann um 9 Millionen S renoviert

=++++

12 #Wien, 23. 9. (RK-LOKAL) Eines der berühmtesten Wiener Ringstrassen-Cafes, das von der Sperre bedroht war, wurde mit Hilfe der Stadt Wien und des Bundesdenkmalamtes gerettet: Rund 9 Millionen Schilling mußten investiert werden, um das Landtmann in seiner alten Schönheit entstehen zu lassen. Fünf Millionen Schilling kommen aus dem Wiener Altstadterhaltungsfonds, eine Million Schilling aus den Mitteln des Denkmalamtes und 3 Millionen Schilling waren Eigenmittel.#

Während auf der Terrasse Kaffee und Kuchen serviert wurden, im Biedermeierzimmer Geschäftsbesprechungen stattfanden und im Keller Theater gespielt wurde, vollzog sich Schritt für Schritt die Renovierung des Cafe Landtmann. In knapp fünf Monaten wurden 50 Jahre alte Sessel restauriert und frisch tapeziert, die kostbaren Luster auf Glanz gebracht, statt eines Parkettboden ein Marmorboden geschaffen und ein Mehrzweckzimmer eingerichtet, in dem sich beispielsweise hinter der Holzverkleidung der Wände eine Projektionswand mit Verstärkeranlage und einem Farbfernsehgerät versteckt.

Um den in- und ausländischen Gästen nicht das Gefühl zu geben, wie in einem Fahrplan nach den Öffnungszeiten suchen zu müssen, wird das Cafe täglich - also auch am Wochenende und an Feiertagen - von 8 Uhr bis Mitternacht geöffnet sein. (Schluß) ull/sim

NNNN

Wiener Symphoniker 1982/83 (1)

Utl.: 30 Konzerte mit Roschdestwenskij

=++++

18 #Wien, 23.9. (RK-KULTUR) Chefdirigent Gennadij Roschdestwenskij wird in der kommenden Saison 30mal die Wiener Symphoniker dirigieren. Insgesamt bestreitet das Orchester 100 Konzerte in Wien und 46 außerhalb der Bundeshauptstadt. Mit der Vertragsverlängerung um zehn Jahre wurde Dr. Lutz Lüdemann in seinem Amt als Generalsekretär der Symphoniker bestätigt, das er seit nunmehr fünf Jahren ausübt.

Im Rahmen einer Pressekonferenz gab Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK am Donnerstag diese Daten bekannt und wies auf die gute Entwicklung der Symphoniker in den vergangenen Jahren hin. Das Orchester hat im In- und Ausland an Prestige gewonnen, das Durchschnittsalter der Orchestermusiker konnte entscheidend gesenkt werden und wird 1983 nur mehr 40,7 Jahre (1967 46,6 Jahre) betragen.#

In der anlaufenden Saison bestreiten die Symphoniker vom 1. bis 19. Oktober eine USA-Tournee mit Christoph Eschenbach, bei der neben Mahler, Brahms, Bethoven und Schönberg auch Johann Strauss auf dem Programm steht. Eine Österreich-Reise mit Roschdestwenskij führt das Orchester im Jänner und Februar nach Eisenstadt, Graz, Innsbruck und Salzburg. Im Juni gastieren die Symphoniker in Lausanne, im Sommer - wie schon traditionell - bei den Bregenzer Festspielen.

Nach wie vor bestreiten die Symphoniker in Wien in Zusammenarbeit mit den Veranstaltern den Großteil des Konzertlebens. An eigenen Konzerten sind vier Matineen in Zusammenarbeit mit dem ORF, das Konzert zum österreichischen Nationalfeiertag unter Roschdestwenskij, zwei Werkstattkonzerte und - wieder mit dem ORF - das Konzert "Frühling in Wien" vorgesehen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Symphoniker 1982/83 (2)

Utl.: Initiativen zur zeitgenössischen Musik

=++++

19 Wien, 23.9. (RK-KULTUR) Zwei Konzerte der Symphoniker am 30. Oktober im Rahmen des IGNM-Festes in Graz, und am 24. Jänner 1983 zum 65. Geburtstag von Gottfried von Einem - widmen die Symphoniker zur Gänze der zeitgenössischen Musik. Weiters wird - gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Wien und dem österreichischen Komponistenbund - ein Kompositionspreis vergeben. Als weitere Initiative ist für die Eröffnung der Wiener Festwochen 1983 parallel zum Fest auf dem Rathausplatz ein "open Konzerthaus" geplant. (Schluß) gab/bs

NNNN

Sommerbadesaison am Sonntag endgültig zu Ende

=++++

29 Wien, 23.9. (RK-LOKAL) Des schönen Wetters wegen waren Wiens Sommerbäder einige Tage länger als ursprünglich geplant geöffnet. Am kommenden Sonntag aber geht die Sommerbadesaison endgültig zu Ende: nach den Regenfällen am Donnerstag - wobei für die kommenden Tage wieder milderes Wetter prophezeit wurde - entschloß sich die Bäderverwaltung, Wiens städtische Sommerbäder am Sonntag, den 26. September, zum letztenmal für heuer geöffnet zu lassen.

Den Baderatten stehen dann neun - bald zehn - städtische Hallenbäder sowie das Stadthallenbad, das Thermalbad Oberlaa und das öffentlich zugängliche Hallenbad in der Stadt des Kindes sowie zahlreiche private und städtische Saunabäder weiterhin zur Verfügung.  
(Schluß) hs/sim

NNNN



Kläranlage: Probeentnahme erfolgte an irrelevanter Stelle (1)

-++++

30 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich einer Meldung in einer Wiener Tageszeitung über angebliche Widersprüche im Zusammenhang mit der von GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) entnommenen Wasserprobe aus dem Ablauf der Kläranlage erläuterte Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß die Stelle, an der die Probe gezogen wurde, aus mehreren Gründen ungeeignet erscheint, um exakte Werte über die Reinigungsleistung der Hauptkläranlage zu erzielen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß sich der Ablauf der Kläranlage auf den ersten hundert Metern im Niveau der Beckengruppe befindet, das heißt, daß nur in diesem Bereich der Ablauf der Kläranlage ungestört vorhanden ist. Anschließend fließt das gereinigte Abwasser über eine Turbine, die auf einen Durchsatz von im Minimum 4 Kubikmeter je Sekunde ausgelegt ist, stürzt zirka 3 bis 4 Meter ab und mündet über einen tiefliegenden Kanal, der ständig im Einstau des Donaukanals liegt, in den Donaukanal.

Da die erwähnten 4 Kubikmeter je Sekunde nicht immer gegeben sind, ist vor der Turbine ein Schütz angeordnet, der durch Auf- und Zugehen den Zufluß von 4 Kubikmeter Wasser je Sekunde gewährleistet. Schließt dieser Schütz, dann entsteht im tiefliegenden Kanal eine Sogwirkung: das Donaukanalwasser dringt ein, verursacht Ablagerungen und bleibt stehen. Beim Öffnen des Schützes entsteht nun ein Wasserschwall, der selbstverständlich das im tiefliegenden Kanal stehende Donaukanalwasser sowie die abgesetzten Sedimente ausschwemmt. (Forts.) we/bs

NNNN

Kläranlage: Probeentnahme erfolgte an irrelevanter Stelle (?)

..+++

31 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Nach eigener Aussage hat GR. ODr. Strunz am Samstag, dem 18. September, um 15 Uhr die Wasserprobe bei der Ausmündung des tiefliegenden Kanals in den Donaukanal entnommen. Laut Computerausdruck war der erwähnte Turbinenschütz vorher geschlossen; der genaue Zeitpunkt des Schließens lautet 14.54 Uhr, 49 Sekunden. Die Öffnung erfolgte um 14 Uhr, 58 Minuten und 21 Sekunden. Es ist daher klar, daß die entnommene Probe praktisch nur Donauwasser, verschlechtert sogar durch die abgesetzten und aufgewirbelten Stoffe, enthalten kann.

Auch wenn das Öffnen des Turbinenschützes nicht unmittelbar vor der Probeentnahme erfolgt wäre, erscheint die Stelle der Probeentnahme auf jeden Fall irrelevant, stellte Stadtrat Veleta abschließend fest. Bei der Ausmündung in den Donaukanal ist nämlich auf jeden Fall bereits eine Mischung von Kläranlagenablauf und Donaukanalwasser vorhanden. (Schluß) we/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat

Utl.: Einstimmig und ohne Debatte

=++++

47 Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Donnerstag standen auf der Tagesordnung insgesamt 190 Geschäftsstücke. Davon wurde eines wieder zurückgezogen. 178 Tagesordnungspunkte wurden ohne Debatte angenommen. Darunter zahlreiche Anträge, die auf Grund des § 98 der Wiener Stadtverfassung nachträglich dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wurden. Es ging vor allem um Instandsetzungsarbeiten an städtischen Wohnhäusern.

Einstimmig und ohne Debatte wurden auch zahlreiche Subventionen genehmigt. Das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum erhält für das laufende Arbeitsjahr 810.000 S. Weitere Subventionen, im Gesamtbetrag von 5,5 Millionen, wurden der israelitischen Kultusgemeinde, dem Verein Wiener Stadtfeste, den Wiener Festwochen, dem Kunstverein Wien sowie dem Wiener Volksbildungswerk und der Konzerthausgesellschaft gewährt. Das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahnlinie "71" erfordert Kosten im Gesamtausmaß von mehr als 33 Millionen; diese Mittel wurden ebenfalls einstimmig und ohne Debatte genehmigt, ebenso 4,5 Millionen für den Umbau der Straßen im Bereich der städtischen Wohnhausanlage Troststraße in Favoriten.  
(Schluß) fk/ap

NNNN